

CRITICA

**VIELE KRISEN.
EIN SYSTEM.**



INHALTSVERZEICHNIS

- S. 2-3 Kapitalismus ist die Krise. Organisation ist die Antwort.
- S. 4 Ungerechtigkeit des Wissens – die westernisierte Universität
- S. 5 Wissenschaftsfreiheit zwischen Komplizenschaft und Abhängigkeit
- S. 6 Menschenrechte vs. Sicherheit? Repressionen gegen Palästina Solidarität am Campus
- S. 7 Berichte aus dem Bundesarbeitskreis Palästina
- S. 8 Kein Frieden durch Militärforschung
- S. 9 Militarisation am Campus und in der Gesellschaft – was tun?
- S. 10 Was tun gegen den Rechtsruck? Schlüsse aus den Protesten der letzten Jahre
- S. 11 Regieren oder nicht regieren?
- S. 12 - 13 Plakat
- S. 14 Nur Faschos treten, wer am Boden liegt – eine antifaschistische Analyse der Gesundheitsreform
- S. 15 Was braucht es für erfolgreiche Sozialproteste? & So will die Bundesregierung bei Studierenden kürzen
- S. 16 Die Linke und das Versagen der Solidarität: Ein notwendiger Denktzettel
- S. 17 Westdeutscher Antifaschismus, Diskreditierung des Aktivismus einer ganzen Region & Ella de Melo
- S. 18 - 19 10 Medien, die du vor der Revo gesehen, gehört oder gelesen haben solltest!
- S. 20 Massenverband mit Analyse?
- S. 21 Was ist sozialistische Praxis am Campus & Mit Hochschulpolitik zum Sozialismus?
- S. 22 Horoskop
- S. 23 Der Verband
- S. 23 Revolutionary Personality Quiz

MEHR INFOS UNTER:
WWW.CRITICA-ZEITUNG.DE

INSTAGRAM:
[CRITICA.ZEITUNG](https://www.instagram.com/critica_zeitung)

ZEITUNG VON DIE LINKE SDS

sozialistisch-demokratischer
Studierendenverband
Ausgabe Nr. 37/2026

IMPRESSUM

critica: Semesterzeitung von Die Linke.SDS
Nr. 37/2026, Kleine Alexanderstraße 28,
10178 Berlin

Redaktion: Luis, Nika, Graf Carl, Nero, Suzanna,
Paul, Marvin, Amalia, Julia, Paul, Philipp, Till, Ruben,
Paula, Moni, Lara, Bo, Jonas, Viki, Doro, Franka,
Ella, Oğulcan

Layout: Pia Chwalczyk
Cover: Astra

Druck: SV Druck GmbH & Co. KG,
Standort Neubrandenburg

VisDP: Viktoria Dickel,
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Anzeigen und Bestellungen:

critica@linke-sds.org

www.linke-sds.org

ISSN 2751-9902

KAPITALISMUS IST DIE KRISE. ORGANISATION IST DIE ANTWORT.

Mieterhöhungen, Pflegenotstand, Sozialkürzungen:
Keine Einzelprobleme, sondern Ausdruck einer Krise des
Kapitalismus. Warum kurzfristige Proteste zu kurz greifen
und es langfristige Organisierung braucht.



»Atomisierung und Beschleunigung gehen Hand in Hand: Die Menschen sind im neuen Jahrhundert einsamer, aber auch aufgeregter; atomisierter, aber auch vernetzter; wütender, aber auch verwirrter.« schreibt Anton Jäger in seinem Essay zur *Hyperpolitik*. Damit gibt er einen relativ guten Abriss darüber, wie unsere Generation gerade eingestellt ist. Alles ist politisch, und wir sind jeden Tag damit konfrontiert, ob auf Social Media, in den Nachrichten oder in unserem unmittelbaren Alltag. Ein Genozid in Gaza, dessen Beginn sich zum dritten Mal jährt, die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die einen ganzen Jahrgang politisiert und der Sozialstaatsabbau, der uns alle in den kommenden Jahren unmittelbar betreffen wird.

Die politischen Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, sollten jeden An-

lass bieten, um kollektiven Protest zu organisieren. Dieser bleibt trotz anhaltendem Krisengefühl aus. In Jägers Analyse ist das mitunter durch die Massenproteste der vergangenen Jahre zu erklären, die sich primär als Gegenbewegungen zu staatlichem Handeln formierten und aufgrund fehlender Gegenvisionen und unklarem Klassenstandpunkt politisch relativ folgenlos blieben. Während die großen gesellschaftlichen Institutionen seit Jahren an Mitgliedern verlieren, gehen wir von einer Empörungswelle zur anderen. Und dennoch haben wir es nicht geschafft, langfristig große Organisationen daraus aufzubauen. Als Generationen, die mit dem aufkommenden Faschismus und allerlei Krisen konfrontiert sind, stellt uns die aktuelle Situation daher vor drei Herausforderungen: Wie können wir es

schaffen uns gegen die vielen Krisen unserer Zeit zu wehren, dabei langfristige Strukturen der politischen Organisation aufzubauen und damit dem Kampf um eine bessere Gesellschaft annehmen?

An das aktuelle System und die Aussicht, dass es auf eine bessere Zukunft hinausläuft, glauben aktuell die Wenigsten. Mitunter ist das ein Grund dafür, dass Kapitalismus zum Buzzword geworden ist, im öffentlichen und online Diskurs wird dieser jedoch selten mit den den aktuellen politischen Problemen in einen analytischen Zusammenhang gebracht. Als Sozialist*innen sehen wir die vielen Krisen, mit denen wir aktuell konfrontiert sind, als Ausdruck einer Krise des Kapitalismus. In einem System, in dem einige Wenige große Teile des Eigentums, des Bodens



und der Produktionsmittel horden und das auf einen kurzfristigen Profitgedanken und Konkurrenz ausgelegt ist, ist eine grundlegende Krisenhaftigkeit mit eingebaut.

Unser Wirtschaftssystem basiert weiterhin auf der Akkumulation von Kapital und der Ausbeutung von Lohnabhängigen. Der Kampf für eine sozialistische Welt, in der die Menschen und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen, ist nicht neu und bleibt relevant. Doch unsere Gesellschaft und damit auch die Produktionsweise haben sich seit Marx' »Das Kapital« stark gewandelt. Durch Jahrzehnte der Neoliberalisierung sind große Teile der Gesellschaft in ihrer Politisierung stark vereinzelt und unorganisiert. Bedeutende gesellschaftliche Institutionen des vergangenen Jahrhunderts wie

Kirchen, Gewerkschaften und Massenparteien haben an Mitgliedern und Einfluss verloren. Während zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Produktion von Waren noch im Vordergrund stand, arbeiten mittlerweile große Teile der Arbeiterklasse im Dienstleistungssektor. Diese Entwicklung ist in »westlichen« Ländern, durch Auslagerung in Länder des sogenannten globalen Südens besonders stark.

Was bedeutet das? Zum einen geht es in dem Kampf um Macht und Profit schon länger nicht mehr nur darum, im eigenen Land möglichst profitabel Waren zu produzieren, sondern vor allem auch um die Kontrolle über Lieferketten und Warenströme international. Das zeigen auch die steigenden logistischen und finanziellen Operationen von Staaten, wie der Kauf von Teilen

des Hamburger Hafens durch China, der Kampf um die Straße von Hormus im Iran, Russlands Kontrolle über Energieströme und der Einfluss der USA durch das dollarbasierte Finanzsystem. Zum anderen ist es heutzutage für den Staat schwieriger, das aufrechtzuerhalten, was in der marxistischen Theorie Reproduktion genannt wird, also Vorgänge, die überhaupt erst sicherstellen, dass produziert werden kann. Darunter fällt auch die Wiederherstellung der »Arbeitskraft« selbst, also Sektoren wie Wohnen, Pflege, Lebensmittelversorgung und Bildung. Obwohl ihre Bedeutung durch die Einstufung als »systemrelevant« im Zuge der Covid-19 Pandemie nochmal hervorgehoben wurde, werden diese Arbeiten häufig ohne oder gegen sehr geringe Entlohnung durch Frauen oder migrantisierte Personen ausgeführt.

Langfristige politische Organisation wird durch diese Entwicklung des Arbeitsmarktes und der hyperpolitischen Einstellung in der Gesellschaft sehr erschwert. Dabei ist es relevanter denn je, dass sich Menschen, auch mit Jobs in der Dienstleistungsbranche und mit Studienabschluss, politisch organisieren. Denn trotz der sich verändernden Kampfbedingungen und wechselnder Krisen, bleibt das Ziel unseres Kampfes bestehen. Wir müssen die Krisen, wie Mieterhöhungen, Sozialkürzungen oder Einschnitte in der Gesundheitsversorgung als solche angehen, um Menschen anhand von Betroffenheiten überhaupt erst in politische Aktivität zu bringen. Damit diese Betätigungen nicht im Sande verlaufen, braucht es Organisationen, in denen Menschen langfristig aktiv werden können. Dabei dürfen wir auch das langfristige politische Ziel eines Systemwechsels nicht aus den Augen verlieren.

Ansprachen und Narrative, die den Zusammenhang der Krisen und des Kapitalismus auslassen, sind verkürzt und führen bestenfalls zu kurzfristigen, angreifbaren Minimal-Verbesserungen. Lasst uns deshalb uns gemeinsam organisieren, um für ein System zu streiten, in dem nicht der Profit, sondern die Interessen der Menschen im Vordergrund stehen. ★

DISKUSSIONSFRAGEN

- Was bedeutet Hyperpolitik in eurem Alltag? Wo erlebt ihr politische Daueranspannung und wo Resignation?
- Was ist mit Reproduktionskrise gemeint? Warum sind Wohnen, Pflege, Bildung und Ernährung zentral für politische Kämpfe?
- Welche Orte können heute langfristige Organisation ermöglichen? Gewerkschaften, Nachbarschaften, Parteien, Bildungsinitiativen? Was fehlt?
- Wie könnte eine Gegenvision aussehen, die nicht nur „gegen“ Kapitalismus ist, sondern die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt?



JULIA (28) studiert Journalismus in Oldenburg und setzt sich ein für eine Berichterstattung im Sinne der Arbeiterklasse und nicht im Dienst der Herrschenden. **NIKA** (23) studiert Philosophie in Berlin und sucht hinter jeder Ecke nach einem Ausweg aus der Hyperpolitik.

4 Universitäten im Kapitalismus



UNGERECHTIGKEIT DES WISSENS – DIE WESTERNISIERTE UNIVERSITÄT

Wem wird zugehört? Wessen Wissen zählt? Diese Fragen regelt eine Wissensordnung, die nicht-Westliche Stimmen systematisch ausschließt. Universitäten geben dieser Ungerechtigkeit institutionelle Form.

Universitäten verschreiben sich der Erforschung von Wissen. Ihre Ideale von Neutralität und Objektivität bilden scheinbar einen Gegenpol zu Demokratieabbau, Fake News und Populismus. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass diese unscheinbare Definition von Wissen in koloniale Machtstrukturen eingebettet ist, die Universitäten institutionell aufrecht erhalten.

Zunächst zum Begriff »kolonial«: Kolonisierung bezeichnet einen geschichtlichen Prozess der Eroberung, Unterwerfung und Landnahme. Trotz der formalen »Dekolonisierung« – dem Abzug der Besatzungsmächte – bleibt die westliche Herrschaft über ihre frühere Kolonien in Form finanzieller und struktureller Abhängigkeiten und in der globalen Arbeitsteilung erhalten. Man spricht auch von »Kolonialität«. Diese Abhängigkeiten umfassen auch Hierarchien der Glaubwürdigkeit und Wissensproduktion. Die westliche Wissensordnung – also die Art, wie der Westen definiert, was als Wissen gilt, wer Wissen besitzen kann und wem zugehört wird – ist kolonial strukturiert. Im Zentrum dieser Wissensordnung steht die Vorstellung von »Wissen« als allgemeingültig und objektiv. Der Theoretiker Ramón Grosfoguel spricht bei dieser Definition von einem Standpunkt, der sich selbst als Standpunktslosigkeit tarnt.

Grosfoguel zeigt auf, dass sich dieser Anspruch an Wissen nur in spezifischen gesellschaftlichen und geschichtlichen Bedingungen durchsetzen konnte. Erst durch weltweite Eroberung ab dem 15. Jahrhundert konnte sich der Europäer ins Zentrum setzen und den Anspruch erheben, universell zu sprechen. Unterwerfung alleine war aber nicht genug: Um den eigenen Standpunkt als alternativlos darzustellen, musste er auch jede Alternative vernichten. Grosfoguel verweist auf die systematische Auslöschung von Wissen im Zuge mehrerer Genozide gegen Nicht-Westliche im 16. Jahrhundert. Diese erlaubten es, den Wissensanspruch als objektiv zu formulieren und somit den eigenen Standpunkt zu tarnen.

Die westliche Wissensordnung verweigert den Marginalisierten und Ausgebeuteten strukturell Glaubwürdigkeit, denn wer von einem Standpunkt, aus einer kulturellen Tradition heraus oder körper- beziehungsweise ortsgebunden spricht, wird von der Wissensproduktion ausgeschlossen. Unterdrückung ist notwendig eine körper- und ortsgebundene Erfahrung, da die Gewalt sich *gegen rassistisch- oder sexistisch-bestimmte Körper an geopolitisch-bestimmten Orten* richtet. In der Wissenschaft ist die westliche eurozentrische Wissensordnung Standard. Bestimmte Fachbereiche hinterfragen in ihrem Lehrplan zwar die vermeintliche Objektivität des Wissens, aber das Selbstbild der Uni und die Pu-

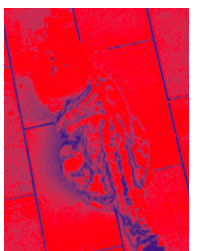
blikationsform der Forschung beruhen weiterhin auf einem universellen Anspruch, Wissen definieren, erforschen und in Produktform bringen zu können. Auch Universitäten außerhalb des Westens werden nach westlichem Vorbild betrieben. Die westernisierte Universität ist keine Frage der Geografie, sondern der Institutionalisierung der Vorherrschaft eurozentrischer Theorien und Methoden.

Die kapitalistische Klasse setzt ihre Werte als selbstverständliche und normale Lebensweise durch. Diese Vorherrschaft ist nicht bloß Ideologie, sie muss auch materiell fundiert sein: Zustimmung zu ihr entsteht in der Zivilgesellschaft – also in der Schule, Universität, Kirche und Medien. Die Zivilgesellschaft ist kein neutraler Raum, sondern ein Ort, an dem sich Herrschaft reproduziert, das heißt die Bedingungen für die eigene Fortführung schafft.

Universitäten institutionalisieren auf diese Weise koloniale Macht und schaffen die Bedingungen für dessen Fortsetzung. Die Zustimmung zu dieser Wissensordnung muss gebrochen werden, um die kolonialen Abhängigkeiten zu lösen und die globale Glaubenshierarchie zu zerschlagen. Denn wenn die Bedingung für das westliche Wissensmonopol, die Jahrhunderte von Unterwerfung und Auslöschung unsichtbar bleiben, bleibt Dekolonisierung unvollständig. ★

DISKUSSIONSFRAGEN

- ▶ Was unterscheidet die beschriebene Ungerechtigkeit bezüglich wem geglaubt wird von Ungerechtigkeit in der Verteilung von und dem Zugang zu Ressourcen?
- ▶ In den Lehrplänen westernisierter Universitäten werden auch Stimmen außerhalb des westlichen Kanons behandelt – reicht Repräsentation für eine »echte« Dekolonisierung?
- ▶ Die westliche Wissensordnung geht letztendlich zurück auf materielle Bedingungen – konkret auf die Form der Organisation von Produktion (wer besitzt?, wer ist abhängig?). Welchen Bezug hat Kolonialität zu der internationalen (Wissens-)produktion? Wie zeigt sich das an Universitäten



WISSENSCHAFTSFREIHEIT ZWISCHEN KOMPLIZENSCHAFT UND ABHÄNGIGKEIT

Regierung und Hochschulen instrumentalisieren »freie Wissenschaft«, um imperialistische und kapitalistische Interessen durchzusetzen.

Was bedeutet Wissenschaftsfreiheit im Kapitalismus wirklich?



Das Schlagwort »Wissenschaftsfreiheit« bezeichnet in der Diskussion um deutsche Hochschulen üblicherweise die Freiheit von Einmischung in Forschung und Lehre. In der Praxis meint sie jedoch, die Freiheit von Verantwortung und die Freiheit, sich zu verkaufen.

Forschung zu militärischen Zwecken wird bislang an vielen Hochschulen durch selbstgegebene Zivilklauseln ausgeschlossen. Laut dieser Selbstverpflichtung soll Forschung ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecken dienen. Studierende bundesweit setzen sich für den Erhalt dieser Zivilklauseln ein und stellen sich gegen staatliche und wirtschaftliche Bestrebungen ihre Hochschulen kriegsdienlich zu machen. Hochschulleitungen, Medien und Politiker*innen argumentieren hingegen, eine Bindung der Forschung an zivile Zwecke sei eine illegitime Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit. Sie sei mit der Zeitenwende und der Notwendigkeit von sicherheitsrelevanter Forschung nicht vereinbar. Hochschulen sollen die Aufrüstung für moderne Kriegsführung unterstützen, damit der deutsche Staat seine geopolitischen Ziele durchsetzen kann. Kooperation mit Militär und Wirtschaft sollen keiner Einschränkung oder Prüfung mehr unterliegen.

Es stellt sich aber nicht nur die Frage, für welchen Zweck Wissenschaftsfreiheit beschworen wird, sondern auch für wen: deutsche Forschungseinrichtungen rechtfertigen Kooperationen mit israelischen Institutionen, die an illegalem Siedlungsbau, Apartheid und Genozid teilhaben unter Berufung auf ihre Forschungsfreiheit. Zu Wissenschaftsfreiheit gehört jedoch auch die Fähigkeit, sie auszuüben – aber Israel hat diese Infrastruktur im Zuge des Genozids in Gaza systematisch zerstört. Deutsche Hochschulen spielen also ihre Freiheit gegen die Freiheit der Palästinenser*innen aus, um sich von Verantwortung zu befreien.

Universitäten rechtfertigen Komplizenschaft und setzen das staatliche Interesse, Hochschulen für militärische Ziele dienlich zu machen, gegen studentische Bestrebungen für rein zivile und bedarfsorientierte Forschung durch. Wissenschaftsfreiheit ist nicht in erster Linie die Freiheit des Einzelnen zu entscheiden, wofür geforscht wird – stattdessen ist es sinnvoll, Wissenschaftsfreiheit als Freiheit zu etwas und von etwas zu beschreiben: Die Forschenden haben nämlich die Freiheit zu entscheiden, an welcher Universität, in welchem Fach und in welchem Bereich sie ihre Arbeit verkaufen wollen, sprich welcher Autorität sie ihre Arbeit unterstellen

wollen. Die zweite Freiheit, der sich die Forschenden unterwerfen, ist die Freiheit von eigenem Kapital, also in ihrem Fall Besitz an Mitteln der Forschung. Das macht den freien Forschenden zu einem Lohnarbeitenden. Und auch abhängig davon, wer die Mittel der Forschung besitzt und wer sie ihm zur Verfügung stellt.

Wer zahlt eigentlich für Forschung? Um die Frage zu beantworten, muss man sich angucken, wie Hochschulen überhaupt mit Mitteln ausgestattet werden: Einerseits über die Grundmittel, die aus dem Haushalt des jeweiligen Bundeslandes kommen und andererseits den Drittmitteln. Drittmittel bezeichnen die staatlichen und privaten Gelder, die Fakultäten, Fachbereichen, Instituten oder einzelnen Wissenschaftler*innen zur Verfügung gestellt werden, wenn sie dem Interesse dieser Spender*innen entsprechen. Diese „Wohltäter*innen“ können also bestimmen, wie und wofür geforscht wird. Hier trifft die Wissenschaftsfreiheit auf die materielle Realität. Universitäten müssen sich Kapital und Staat, unterwerfen, um die Möglichkeit zu bekommen, mit ihren Mitteln zu forschen. Deutlich wird das, wenn Werte, denen sich Hochschulen selbst verschreiben, im Widerspruch zu dem Zweck der Mittel des Zahlenden stehen. Darum wird die Zivilklauseln zu einer lästigen Hür-

de. Denn für die unterfinanzierte Universitäten sind Gelder von Rheinmetall und dem Pentagon nötig, um die eigene Forschung bezahlen zu können. ★

DISKUSSIONSFRAGEN

- Zivilklauseln sind Selbstverpflichtungen und nicht rechtlich bindend. Was braucht es, damit Zivilklauseln trotzdem wirkungsvoll sind?
- In der Argumentation der Regierung und Hochschulleitungen heißt es oft, Zivilklauseln seien nicht mehr zeitgemäß. Welche Rolle spielen Zivilklauseln in dieser Phase der gesamtgesellschaftlichen Militarisierung?



MARVIN studiert Geschichte und Germanistik in Paderborn und findet, dass die Kritik am bürgerlichen Bildungssystem oft zu kurz kommt. **NERO** (22, er/ihm) studiert Mathematik in Bochum.

MENSCHENRECHTE VS. SICHERHEIT? REPRESSIONEN GEGEN PALÄSTINA SOLIDARITÄT AM CAMPUS

Dieses Jahr beschlossen die ersten Studierendenschaften, Kooperationen mit mitschuldigen israelischen Unis zu beenden. Systematische Repressionen sollen diesen Widerstand zum Schweigen bringen.

Seit der Intensivierung von Israels Genozid an den Palästinenser*innen protestieren Aktivist*innen weltweit gegen Waffenlieferungen und andere Formen von Komplizenschaft. An Hochschulen zielt der Protest zunehmend darauf ab, einen Kooperationsstopp mit israelischen Unis zu erwirken, um direkte Komplizenschaft an den Verbrechen zu beenden. Hochschulleitungen in ganz Deutschland gehen dagegen allerdings mit aller Härte vor.

Wie systematisch die Repressionen sind, zeigt der Blick auf einzelne Hochschulen in diesem Jahr: Im März verabschiedete die gewählte studentische Vertretung der Hertie School in Berlin einen Beschluss, der den Boykott israelischer Unis als legitime, von der Meinungsfreiheit geschützte Position anerkennt, um gewaltfrei ein Ende von Besatzung, Apartheid und Genozid einzufordern. Darauf folgte institutioneller Druck durch die Hochschulleitung und die Geldgebende Hertie-Stiftung, sowie eine Medienkampagne, die schlussendlich zur Abwahl des Gremiums führten.

Hochschulleitungen setzen Repressionen einerseits ein, um konkrete Maßnahmen für den akademischen Boykott Israels zu verhindern. Das zeigt der Fall Leipzig. Dort entzog das Rektorat der Gruppe Students for Palestine kurzfristig den bereits zugesagten Hörsaal für eine studentische

Vollversammlung. Die Versammlung konnte trotzdem auf städtischem Gebiet stattfinden und die Studierendenschaft sprach sich für ein Ende von Kooperationen mit israelischen Universitäten aus. Auch an der Humboldt-Universität zu Berlin richtet sich die Hochschulleitung gegen einen entsprechenden Beschluss – diesmal auf dem Rechtsweg.

Andererseits richten sich die Repressionen gegen die Sichtbarkeit von Palästina Solidarität am Campus. Die Öffentlichkeit behandelt Palästina Solidarität nicht als politische Meinung oder als Einstehen für Menschenrechte, sondern als Sicherheitsrisiko. Zahlreiche bundesweite Bildungsveranstaltungen im Rahmen der »Israeli Apartheid Week« im April, von der Academic Boycott Campaign Deutschland (ABC DE) koordiniert, haben Polizei, Universität und Städte wegen »Sicherheitsbedenken« und Antisemitismus-Vorwürfen abgesagt. Auffällig ist, dass diese Sicherheitsbedenken nur für palästinasolidarische Positionen gelten. Israelische Lobbyverbände können weiterhin filmische Inszenierungen der Gewalttaten des 7. Oktobers zeigen.

Die Antisemitismus-Vorwürfe delegitimieren Aufrufe, Kooperationen mit israelischen Unis zu unterbrechen. Der Boykott richtet sich jedoch nicht gegen israelische Universitäten auf-

grund ihrer Identität als israelisch, sondern beruht auf der nachgewiesenen Verstrickung des akademischen und militärisch-industriellen Sektors in Israel. High-Tech Waffentechnologien werden an israelischen Universitäten entwickelt und in Gaza an den Palästinenser*innen getestet: Das Militär arbeitet beispielsweise mit Universitäten zusammen, um Drohnen und KI-gesteuerte Zielerfassungssysteme zu entwickeln. Forschungsk Kooperationen mit der USA, Deutschland und der EU sind essentiell für den akademischen Sektor in Israel. Boykott greift also direkt die materiellen Bedingungen für den Genozid an.

Während sie Komplizenschaft an einem Völkermord betreiben und fundamentale Rechte der eigenen Bevölkerung angreifen, inszenieren sich Deutschland und andere Staaten als Hüter einer regelbasierten Ordnung. Völkerrecht ist nur dort ein Begriff, wo es für die eigenen machtpolitischen Interessen durchsetzbar ist. Aktivist*innen, die auf Feststellungen von Menschenrechtsorganisationen oder UN-Kommissionen hinweisen, und Genozid wie Apartheid klar benennen, werden überwacht, verfolgt und diffamiert.

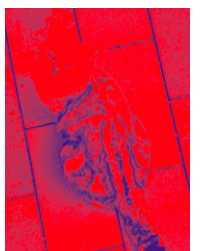
Aber die Härte der Repression verrät die Stärke der Bewegung. An Universitäten kämpfen wir darum, die Zustimmung zu der kapitalistischen

Herrschaft zu brechen. Dort – wie in anderen Kultur- und Bildungsinstitutionen – werden Wissensordnungen hergestellt und legitimiert. Wenn diese Ordnung nur noch durch Verbote verteidigt werden kann, hat die Kritik ihr Zentrum bereits getroffen. Jede Räumung, jedes Verbot offenbart die Widersprüche zur vermeintlich freien, vermeintlich unpolitischen Universität. ★

DISKUSSIONSFRAGEN

- Die Repressionen stehen offenkundig in keinem Verhältnis zu einer echten Bedrohungslage. Wie können wir also die Härte der Repressionen erklären?
- Hochschulleitungen greifen immer tiefer in die Autonomie der Studierendenschaft ein. Wie weit werden die Repressionen noch gehen? Ist die studentische Selbstverwaltung in Gefahr?

NERO (22, er/ihm)
studiert Mathematik
in Bochum.



KEIN BOCK AUF KOMPLIZENSCHAFT!

Wie SDS Düsseldorf den akademischen Boykott durchboxte und die HHU die erste Uni der BRD wurde, dessen StuPa sich dafür aussprach. #stopcomplicity

Ich bin schon seit ein paar Jahren im SDS aktiv, aber diese paar Monate waren die aufregendsten Momente meines politischen Aktivismus. Palästina war immer ein bewegendes Thema in unserer Ortsgruppe, an einer richtigen Praxis hat es aber lange gefehlt. Das hat sich geändert, als wir zu Beginn des Jahres bei der Academic Boycott Conference in Berlin waren. Ab da sind wir mit unserer Kampagne zum akademischen Boykott durchgestartet.

Wir haben angefangen, mit einer anderen sozialistischen Gruppe am Campus zusammen über die Komplizenschaft unserer Uni zu recherchieren und den Bericht zu schreiben. Das erste große Ziel: der Launch des Berichts und der Antrag zur öffentlichen Unterstützung im Studierendenparlament (StuPa). Aus der Vergangenheit wussten wir, dass gute Vorbereitung der Schlüssel zum Erfolg ist. Die Woche vor der Sitzung war sehr intensiv; alle in un-

serer AG haben irgendwie gearbeitet: Die Website vorbereitet, den Antrag geschrieben, Argumente geübt, Übersichten zusammengestellt. Es war sehr produktiv, aber auch anstrengend, aber wir hatten alle das Gefühl gerade wirklich was bewegen zu können. Dabei waren wir nicht allein, aus dem Bundesarbeitskreis und der Palästina-Bewegung bekamen wir Tipps und Zuspruch.

Dann war es soweit: der Tag der StuPa Sitzung. Wir waren auf eine lange, nervige Diskussionen eingestellt. Damit wir uns sicher fühlen, hatten wir Argumente, Zahlen und Fakten ausgedruckt dabei. Trotz alledem waren wir echt nervös.

Der Anblick in der Sitzung war dann eher lustig: auf der einen Seite 15 Genoss*innen mit Kufiyas und ausgedruckten Argumenten, ready zu diskutieren. Auf der anderen Seite vier konservative RCDSler und JuLis. Da-

zwischen die anderen Fraktionen. Wie vorhergesehen, kamen immer dieselben Argumente von »anTisEmltIsCh« zu Strohmannern über Existenzrecht und ähnlichem. Wir haben das Thema immer wieder zurück gelenkt auf den Genozid, Apartheid und Unterdrückung der Palästinenser*innen und warum unsere Uni eine Rolle zur Aufrechterhaltung der Besatzung Israels spielt. Das Ergebnis der Abstimmung: 11 von 17 Stimmen für unseren Boykott-Antrag. Mit den Zahlen, Fakten und einem selbstbewussten Auftreten konnten wir auch andere Fraktionen überzeugen, mit uns zu stimmen. Wir hatten gewonnen! Die Freude war groß, wir waren die erste Uni der BRD, dessen StuPa sich für den Boykott ausgesprochen hat.

Schon ein paar Stunden später kam der nächste Knall: Unsere Gesichter in einem WELT-Artikel. Anscheinend hatten die RCDSler gute Connections zur Springer Presse und es wurde direkt ein diffamierender Artikel veröffentlicht. Auch unsere Rektorin distanzierte sich prompt öffentlich von unseren Forderungen. Noch motiviert vom Wahlsieg haben wir am selben Abend angefangen, Pressemitteilungen, Reels und Insta Beiträge mit unseren Argumenten zu produzieren. In den nächsten Tagen gab es noch mehr mittelmäßige Artikel aus der bür-

gerlichen Presse. Auf der anderen Seite haben wir sehr viel Unterstützung innerhalb der Palästina-Bewegung erfahren. Viele Komoliton*innen haben uns auf Instagram gratuliert oder uns an unseren Campus Ständen die Daumen gedrückt.

Nach dem ersten Sieg gilt es jetzt, Öffentlichkeit für das Thema herzustellen. Das große Ziel fürs kommende Semester: Eine Vollversammlung, die unseren Forderungen mehr Legitimität verleiht.

Der Weg ist noch weit, aber es wird inzwischen an so vielen Stellen für Palästina gekämpft und es ist notwendig, dass wir unseren Teil beitragen. Wir stehen mit unserem Vorhaben gegen die imperialistische Kriegsmaschinerie, aber die krassen Reaktionen unserer Gegner und der Mut unserer Genoss*innen, lassen mich zuversichtlich sein. Die Hunde des Imperialismus bellen laut, aber wir sind lauter. ★



PAULA (24) studiert Kunstgeschichte in Düsseldorf und kann mittlerweile alle Argumente für Academic Boycott im Schlaf runterbeten.

UNI LEIPZIG YOU CAN'T HIDE – YOU'RE SUPPORTING GENOCIDE!

Bericht über die studentische Vollversammlung

Im Herbst 2025 veröffentlichte Students for Palestine Leipzig einen Bericht über die Verstrickung der Uni Leipzig mit 5 israelischen Universitäten und deren tragende Rolle in den Verbrechen des siedlerkolonialen Projekts per Einbettung in den militärisch-industriellen Komplex. Daraufhin bildete sich ein Bündnis mit dem Ziel mehr Sichtbarkeit und Aufklärung zum Thema akademische Komplizenschaft zu schaffen. So entstand die Idee einer studentischen Vollversammlung für deren Einberufung per Satzung ~900 Unterschriften benötigt werden.

Im Verlauf des Semesters konnten wir durch Veranstaltungen, Infotische und Ansprachen insgesamt 1287 Unterschriften sammeln. Aus den Gesprächen wurde deutlich, dass das Thema in der Studierendenschaft Anklang findet, obwohl wenige Studierende zuvor überhaupt schon einmal von »Akademischem Boykott« oder von der Rolle israelischer Universitäten in Besatzung, Apartheid und Genozid gehört hatten. Am 18.05., einen Tag vor der Vollversammlung, wurde die Zusage zur Nut-

zung universitärer Räumlichkeiten per E-Mail zurückgezogen und die Vollversammlung für satzungswidrig erklärt. Dazu gab es keine weitere Begründung. Diese würde erst später folgen und sich mit jedem Statement seitens Unileitung ändern.

Infolge dieses Angriffs auf die studentische Selbstverwaltung erfuhren wir im StuRa viel Rückhalt. Dank diesem und guter Vernetzung palästinasolidarischer Gruppen in Leipzig gelang es kurzerhand eine Kundgebung vor der Uni zu organisieren, welche trotzdem als satzungsgemäße Vollversammlung gelten würde.

So fanden sich am Folgetag über 700 Personen vor der Moritzbastei ein, davon 662 stimmberechtigte Studierende. Auch anwesend war eine zionistische Gegendemo. Diese bestand aus maximal 10 Leuten, die ihre Studienzeiten auch definitiv schon hinter sich hatten. Neben u.a. einem Input zu israelischen Unis, der Rede einer palästinensischen Studentin und einem Grußwort der Birzeit Universität, wurden auf der Vollversammlung auch folgende For-

derungen nahezu einstimmig abgestimmt (Auswahl):

- Die Universität beendet alle Kooperationen mit israelischen Universitäten und Institutionen.
- Die Universität Leipzig unterstützt palästinensische akademische Einrichtungen, ohne von ihnen eine Partnerschaft mit israelischen Partnern zu verlangen.
- Die Universität führt eine Zivilklausel in die Satzung der Universität ein. [...] Wie zu erwarten, gab es bisher keine öffentliche Reaktion der Unileitung auf die Forderungen. Auch wenn die Beschlüsse "nur" bindend für den StuRa, und nicht die Uni selbst sind, konnten hier viele Studierende ihre Palästinasolidarität zeigen und ein eindeutiges Signal senden: Wir dulden keine Zusammenarbeit unserer Universität mit genozidalen Institutionen!

Als OG Leipzig arbeiten wir sowohl an der Uni als auch darüber hinaus an antiimperialistischen und antimilitaristischen Kämpfen - auch in Zukunft werden wir SfP bei der akademischen Boykottkampagne unterstützen. Gegen akademische Komplizenschaft und für Wissenschaft für den Frieden. Von Leipzig bis nach Gaza - Student Intifada. ★

DISKUSSIONSFRAGEN

- Welches Potenzial bergen die beschlossenen Forderungen mit Blick auf eine breitere antikonoloniale und antikapitalistische Praxis?
- Wie kann die studentische Selbstverwaltung als Ausgangspunkt für eine politische Organisation über die Uni hinaus dienen und so tatsächlich gesellschaftliche Verhältnisse ändern?
- Das Schweigen der Unileitung zu den Forderungen und die Repressionen gegen palästinasolidarische Gruppen spiegelt auch den gesamtgesellschaftlichen Umgang mit Palästinasolidarität wieder - wie kann die studentische Bewegung Repressionen souverän entgegenstehen und die eigene Handlungsfähigkeit sichern?



KATHRYN JANEWAY (22) studiert Physik und Englisch auf Lehramt in Leipzig und nimmt lieber ein Breuftsverbot auf sich als ihr Rückgrat von der Staatsräson brechen zu lassen.



KEIN FRIEDEN DURCH MILITÄRFORSCHUNG

Die Universität Kassel will die Zivilklausel neu Formulieren. Dahinter steht die Aufweichung der Selbstverpflichtung zu ziviler Forschung. Studies organisieren mit Vollversammlung, Urabstimmung, Kundgebung und öffentlichem Druck wirksamen Widerstand.

Am 1. Juli versuchte der Senat der Uni Kassel die Zivilklausel, die 2013 durch jahrelange Mobilisierung und Bildungsarbeit der Studierenden erkämpft wurde, umzuformulieren, und damit die klare zivile Ausrichtung von Forschung, Lehre & Studium defacto abzuschaffen. Im Juni 2026 veröffentlichte das Präsidium der Universität Kassel eine angestrebte neue Formulierung der Zivilklausel. Monate vor der Bekanntmachung wurde im Senat über die Zivilklausel erst abstrakt und dann in einer senatsinternen Arbeitsgruppe konkret gesprochen. Studentischen Vertreter*innen im Senat wurde (laut eigener Aussage) eine Schweigepflicht auferlegt. Die zweite Lesung in der Senatsitzung wurde deutlich früher behandelt als geplant und dadurch studentische Beteiligung verhindert.

Der Angriff auf die Zivilklausel besteht nicht darin, dass das Wort »Frieden« offensiv gestrichen wird. Die angestrebte Neufassung beinhaltet Formulierungen wie »Wahrung des Friedens«, »Vermeidung von Krieg« und »friedliches Zusammenleben.« Unsere ursprüngliche Fassung von 2013 richtet Forschung, Lehre und Studium auf friedliche und zivile Zwecke aus. Die neue Fassung ersetzt das durch ein abstraktes Friedensbekenntnis. Frieden wird bewusst umgedeutet; zivile Forschung ist nicht mehr im Mittelpunkt, sondern die Behauptung, militärische Verwertbarkeit kann ein Beitrag zu »Sicherheit,« »Verteidigung«

oder Sicherung der »Demokratie« sein. Militärische Forschung und Aufrüstung stünden nicht im Widerspruch zu Frieden, sondern werden als Voraussetzung dafür gesetzt. Der bewussten Umdeutung des Friedensbegriffes, müssen wir uns klar entgegenstellen; Frieden heißt für uns: Abrüstung, Wissenschaftskooperationen und Forschung für zivile gesellschaftliche Bedürfnisse und nicht Forschung im Interesse des Militärs und den Rüstungsfirmen, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung.

Kurz nachdem die angestrebte Neuformulierung der Zivilklausel öffentlich wurde, fand sich eine kleine friedensbewegte Gruppe zusammen, die die »ZivilklauselBleibt«-Initiative gründete. Bei Infoständen und in Gesprächen auf dem Campus mussten wir als »ZivilklauselBleibt«-Initiative zunächst erstmal unsere Kommilitonen über die Zivilklausel, ihre Bedeutung und geplante Auflösung informieren. Schnell wurde klar, dass die anfängliche große Unwissenheit unserer Kommiliton*innen keine Gleichgültigkeit war. Zur durch den AstA einberufenen Vollversammlung mit einer Podiumsdiskussion zur Bedeutung der Zivilklausel, waren trotz Sommerhitze über 700 Studierende gekommen. Während der Vollversammlung konnte eine Urabstimmung unter allen Studierenden beschlossen werden. Nun werden im Oktober alle Studierenden zur Zivilklausel befragt. Die Abstimmung selbst ist eine rein

symbolische und hat keine bindende Wirkung auf den Senat. Das wäre ein starkes Signal und würde für zusätzlichen Druck auf den Senat sorgen. Am Tag der geplanten Abschaffung wurde aus unserer Mobilisierung spürbare Gegenmacht. Vor Beginn der Sitzung besetzten zahlreiche Studierende Plätze im Senatssaal und mit einer parallelen Kundgebung direkt vor dem Gebäude hielten wir den Konflikt öffentlich. Die Uni konnte nun die Frage nicht länger als interne Verwaltungsfrage behandeln. Durch den Druck unserer großen studentischen Präsenz, der Kundgebung, der geplanten Urabstimmung und großer öffentlicher Aufmerksamkeit, wurde die Abstimmung auf den 04.11. verschoben.

Außerinstitutioneller Druck konnte das Kräfteverhältnis im Senat verschieben und fehlende Mitbestimmung einfordern.

Die Vertagung hat die Aufweichung nicht dauerhaft verhindert. In den nächsten Wochen müssen wir für die Urabstimmung mobilisieren und eine breite Organisation, mit den unterschiedlichen Statusgruppen aufbauen. Den Kampf um die Zivilklausel werden wir in den nächsten Wochen noch stärker einrahmen in die Aufrüstung unserer Stadt, die Hochschulkürzungen, Drittmittel Abhängigkeit und die bewusste Umdeutung des Friedensbegriffs.

Wie die Zivilklausel verteidigt wurde und was dieser Kampf über Militarisierung und Hochschuldemokratie zeigt, lest ihr ausführlicher in der Digitalen Fassung dieses Artikels. ★

DISKUSSIONSFRAGEN

- ▶ Wie verändern die Hochschulkürzungen und wachsende Drittmittel Abhängigkeiten woran geforscht wird?
- ▶ Reicht es aus, die einzelnen Wissenschaftler*innen in Verantwortung zu nehmen oder müssen die ökonomischen Bedingungen von Forschung grundlegend geändert werden?
- ▶ Wo liegen reale Grenzen einer reinen selbst verpflichtenden (wenn auch starken) Zivilklausel, wenn Forschungsprioritäten von ökonomischen Zwängen abhängig sind?

AMALIA 22 (sie/ihr) studiert in Kassel Politikwissenschaft und Soziologie im Bachelor und engagiert sich aktuell stark mit der ZivilklauselBleibt Initiative für den Erhalt der Zivilklausel ihrer Uni, im SDS und im Vorstand der PdL in Kassel.



MILITARISIERUNG AM CAMPUS UND IN DER GESELLSCHAFT – WAS TUN?

In einer Zeit der Aufrüstung braucht es eine linke Gegenmacht, also fragen wir, wie eine antimilitaristische Arbeiter*innenbewegung aussieht und wie wir am Campus dazu beitragen können.

Wie werden Kriege verhindert? Die Ursachen der Militarisierung sind vielschichtig. Im Grunde rüsten Staaten auf, um ihre Macht und die Profite der Kapitalist*innen zu schützen sowie andere Teile der Welt ökonomisch zu unterwerfen.

Um das zu tun, muss der Staat Ressourcen ins Militär stecken und Menschen wie dich und mich in die Kriegsmaschinerie einspannen. Sie brauchen uns als Soldat*innen, Rüstungsproduzent*innen, Krankenpfleger*innen und Forscher*innen. Ohne unsere Arbeit ist ihr Krieg nicht möglich. Kriege werden also nur durch Streiks und Protest von den arbeitenden Massen beendet. Genau das zeigen auch historische Beispiele, zum Beispiel die Novemberrevolution und der Vietnamkrieg.

Heutzutage sind wir als Arbeiter*innenbewegung zu schwach, um Kriegsbegeisterung oder die Aufrüstung Deutschlands zu stoppen. Als Sozialist*innen wissen wir aber, dass diese Ohnmacht nicht ewig anhält, sondern eine historische Situation ist, die sich verändern lässt!

Wie bauen wir eine antimilitaristische Arbeiter*innenbewegung auf?

Die Zunahme antimilitaristischer Proteste zeigt, dass Krieg und Frieden ein Thema für junge Menschen ist. Dort können wir ansetzen, indem wir die Angst vor Wehrpflicht und Krieg in eine Ablehnung des Kapitalismus transformieren. Wo wir das nicht tun, kann der Wunsch nach Sicherheit in Nationa-

lismus und Aufrüstungsbefürwortung münden. Um Arbeiter*innen zu gewinnen, müssen wir stattdessen zeigen, dass Militarismus das Gegenteil von Sicherheit für die Arbeiter*innenklasse bedeutet. Um eine linke Hegemonie aufzubauen, reichen diskursive Strategien allein jedoch nicht aus.

Damit unsere Argumente in breitere Kreise ausstrahlen, müssen wir Themen ansprechen, die Menschen materiell oder emotional betreffen und so ein Angebot zur Aktivität schaffen. Dieses muss Menschen Selbstwirksamkeit verleihen, also zeigen, wie sie als Kollektiv etwas bewegen oder verändern können.

Dafür braucht es Mitmachangebote sowie die Möglichkeit, schrittweise Verantwortung zu übernehmen und als Einzelperson, wie auch als Kollektiv, dazuzulernen. Erst dadurch bauen wir Macht, also langfristige Handlungsfähigkeit, auf.

Was bedeutet das für unsere Praxis?

Zivilklauseln können ein sinnvolles Mittel sein, um diese Strategie umzusetzen. Das funktioniert allerdings am besten, wenn es an Universitäten Angriffe auf bestehende Zivilklauseln gibt. Ohne diese extern geschaffene Dringlichkeit verläuft die Arbeit zu Zivilklauseln oft langsam und die Aufmerksamkeit der studentischen Mehrheit verschwindet. Eine Zivilklausel zu erkämpfen, oder zu verteidigen, läuft ohne Massenbewegung auf Gremienarbeit hinaus. Jedoch ist diese oftmals nicht erfolgreich, da

Studierende hier keine Mehrheiten haben und auf die Unterstützung von Lehrenden ist nicht zu hoffen, denn solange die Hochschulen auf externe Gelder angewiesen sind, besteht das Interesse, diese für Waffenforschung zu erhalten. Außerdem können Zivilklauseln die Militarisierung kaum aufhalten, da sie nicht rechtlich bindend sind.

Die Frage für unsere Praxis ist: Was bleibt nach einer Vollversammlung, einem Schulstreik oder einer Aktion gegen ein Musterungszentrum? In Bielefeld haben wir versucht, aus den Schulstreiks Komitees aufzubauen und Schüler*innen in weitere politische Arbeit einzubinden. Wir konnten dadurch unsere Strukturen ausbauen, Genoss*innen schulen, uns mit anderen linken Kräften vernetzen und als organisierte Jugend politisch sichtbar werden. So entsteht Klassenbewusstsein nicht allein aus der richtigen Erkenntnis, sondern aus gemeinsamer Praxis.

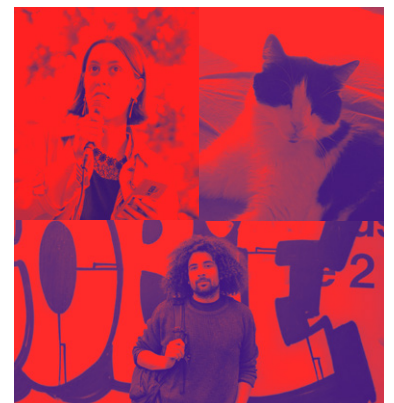
Jede Aktion sollte deshalb fragen: Wer wird aktiv? Wo liegt der konkrete Widerspruch? Was lernen wir aus dem gemeinsamen Kampf? Und wie bauen wir darauf auf?

Wir sollten nicht darauf warten, dass Studierende sich als Sozialist*innen verstehen. Wir müssen dort ansetzen, wo sie betroffen sind, und sie in Kämpfe einbinden. Antimilitaristische Hochschulpolitik ist damit nicht nur die Frage, welche Beschlüsse wir durchsetzen. Es geht darum, ob Studierende gemeinsam gegen Militarisierung kämpfen und dabei selbst stärker und organisierter werden. Wenn wir das

ernst nehmen, wird Sozialismus nicht nur zu einer Haltung, die man vertritt. Er wird zu gemeinsamer Praxis. ★

DISKUSSIONSFRAGEN

- Wie sehen antimilitaristischen Arbeiter*innenbewegung aus? Wo können wir an deren Erfolge anknüpfen?
- Wo erlebt ihr euch in eurer Praxis als selbstwirksam, wie lassen sich diese Momente in der Politisierung von Studis replizieren?
- Aus welchen (lokalen) Kämpfen lassen sich Personen organisieren?



VIKI (23) aus Berlin ist Teil der politischen Geschäftsführung und blickt mit viel Hoffnung auf die aufkeimende antimilitaristische Jugendbewegung. **DORO** (21) aus Mainz ist Teil des Bundesvorstands und freut sich die antimilitaristische Bewegung an den Unis voranzutreiben. **ÖGÜLCAN** (32) aus Bielefeld hat schon einige Bewegungen kommen und gehen sehen.

WAS TUN GEGEN DEN RECHTS- RUCK? SCHLÜSSE AUS DEN PROTESTEN DER LETZTEN JAHRE

Die allgemeine gesellschaftliche Empörung über den Aufstieg der AfD ist abgeflaut. Trotzdem haben zehntausende junge Menschen sich an den Widersetzen-Protesten beteiligt. Welche Praxis braucht es jetzt, da die AfD die ersten Landesregierungen übernimmt?

Sorgearbeit und Reproduktionsarbeit sind unerlässlich für antifaschistischen Aktivismus. Bei Blockade-Aktionen oder Massenprotesten gehen diese Aspekte der Arbeit allerdings oft unter. Das Ergebnis ist eine gefühlte Ziellosigkeit, die wir bei den Anti-AfD-Protesten der letzten Jahre, wie z. B. den Widersetzen-Protesten beobachten konnten.

Dieser Ziellosigkeit liegen, neben der Vernachlässigung reproduktiver Arbeit, unklare Faschismusdefinitionen zugrunde, die schon die historische Antifaschistische Aktion kennzeichneten. Die Antifaschistische Aktion hatte das Ziel, sozialistische Arbeiter*innen zur Abwehr der SPD und später der NSDAP und der SA zu mobilisieren. Sie wurde dafür 1928 von Ernst Thälmanns KPD geschaffen.

Die KPD und somit die Antifaschistische Aktion folgte Stalins Theorie, dass die Sozialdemokratie im Kern faschistisch sei, weil sie den bürgerlichen Staat schütze. Die Theorie des Sozialfaschismus wurde 1935 verworfen, um eine breitere Volksfront gegen die NSDAP zu etablieren.

Kontroversen über, die Bedeutung von Faschismus waren also schon immer ein Teil antifaschistischer Arbeit. Genauso wird heute in der Debatte um

die Anti-AfD-Proteste unterschieden zwischen der Abwehr der AfD um jeden Preis und Kritik an der gesamten bürgerlichen Parteienlandschaft.

Vielerorts wurde schon angemerkt, dass die Widersetzenfahrten eine Masse an wenig bis gar nicht politisierten bzw. organisierten Menschen in direkte Aktion und in einen „echten“ politischen Zustand bringen sollen. Das hat weitestgehend funktioniert. Menschen verändern natürlich ihr politisches Verständnis, wenn sie das erste Mal gemeinsam Macht gegen den Staat ausüben.

Ich will aber zwei Probleme aufzeigen, die dazu führen, dass Menschen nicht radikalisiert oder nachhaltig organisiert aus Protesten wie Widersetzen hervorgehen.

Erstens: die fehlende Einordnung der Blockaden, v. a. während der Blockaden selbst. Eine Massenbewegung muss zuletzt das Ziel haben, die bestehenden Eigentumsverhältnisse zu ändern. Einen nur inszenierten, ästhetisierten Ausdruck unseres Frustes, wie ihn Faschismus liefert und wie ihn auch Sozialdemokrat*innen gerne zulassen, können wir uns nicht erlauben.

Zweitens: politische Blockaden bringen oft den Drang zu leichtsinnigen

Aktionen hervor – nicht nur bei unerfahrenen Genoss*innen, sondern auch bei denjenigen, die öfter auf Massenaktionen fahren.

Dieser Drang entsteht im Kontext des zivilen Ungehorsams zum Teil aus Gefühlen der politischen Machtlosigkeit. Er kann aber auch einfach von einer falschen politischen Analyse ausgehen. Etwa, dass eine erfolgreiche Blockade des AfD-Parteitags den Rechtsruck aufhalten könne.

Wir leben in hyperpolitischen Zeiten. Dass bedeutet, dass Menschen außerordentlich großes politisches Bewusstsein haben, ohne dass es in ihrem Alltag eine echte Rolle spielt. Stattdessen entlädt es sich in einzelnen Momenten politischer Wirksamkeit – Widersetzen ist dafür ein Paradebeispiel.

Um uns langfristig antifaschistisch zu organisieren brauchen wir Räume, in denen wir Kollektivität schaffen und uns umeinander kümmern, in denen Teilhabe am nächsten großen Moment nicht vorausgesetzt wird.

Ich plädiere stark dafür, dass diese Räume nicht von den Räumen politischer Arbeit getrennt werden, dass also auch bei Plena Reproduktion zu einer zentralen gemeinsamen Auf-

gabe wird. Das würde denjenigen, die sich aktuell nicht am Aktivismus beteiligen, Zugang zu Informationen und gegenseitigem Care erlauben und die Wiederaufnahme der Arbeit deutlich vereinfachen.

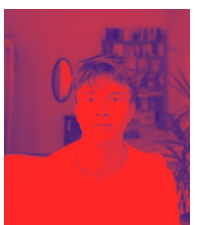
Ich will zusätzlich Selbstschutz als tiefste Form der Reproduktion hervorheben. Insbesondere müssen wir Schutz unserer Genoss*innen vor polizeilicher Repression und Unterstützung derjenigen, denen der Staat mit Abschiebung droht, zu unseren Aufgaben machen. ★

DISKUSSIONSFRAGEN

► Wie gestalten wir antifaschistischen Aktivismus nachhaltig?

► Welche spezifische Rolle haben wir dabei als Sozialist*innen?

BO (22) studiert
Soziologie an der
TU-Berlin und kommt
aus Pankow.



REGIEREN ODER NICHT REGIEREN?

Dieser Artikel entstand kurz vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September 2026. Voraussichtlich ist die AfD nicht weit von einer alleinigen Mehrheit entfernt und eine stabile Regierung ist ohne Die Linke nicht möglich. Auch in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern wird gewählt. Dort formuliert Die Linke entweder klar ihre Regierungsambitionen, oder sie ist Teil einer Koalition. Genug Anlässe um zu fragen: Sollte Die Linke in Regierungsverantwortung sein? Oder verfehlt sie damit das Ziel antifaschistischer und sozialistischer Politik?

Pro

Aus den Fehlern lernen

Um eine erfolgreiche Regierungs-beteiligung zu skizzieren, müssen wir darauf schauen, wie es historisch nicht funktioniert hat. Die Sozialisten Miliband und Liebman zählen in ihrem Essay »Beyond Social Democracy« die fundamentalen Fehler der Sozialdemokratie ab 1914 auf: die Verwaltung des kapitalistischen Staatsapparats, die Kriegstreiberei während des Ersten Weltkriegs, der Antikommunismus im Kalten Krieg und der Kolonialismus. Besonders problematisch war nach den Autoren die aktive Behinderung einer Bewegung von unten. Gleichzeitig kritisieren sie den Wahlboykott als nicht zielführendes Mittel. Eine sozialistische Partei müsse auf allen Ebenen um Mehrheiten streiten. Dabei dürfen die gewählten Abgeordneten keinen elitären Block bilden, sondern müssen an die Basis gebunden sein. Gleichzeitig stellt sich die Frage: Warum geht das nicht auch, wenn die Linke Regierungsverantwortung hat?

Rebellisches Regieren?

In den 1980er Jahren hatte die sozialistisch dominierte Kommunalregierung in Liverpool die Massen gegen den Sparkurs der Thatcher-Regierung

erfolgreich mobilisiert. Die Angestellten der Stadt streikten und legten in Solidarität mit der restlichen Stadtbevölkerung ihre Arbeit nieder, sodass Kürzungen zurückgenommen wurden. Man stelle sich diesen Kampfegeist in einer Berliner Landesregierung vor. Muss es also ein Widerspruch sein, zu regieren und parallel gegen diese Regierung zu mobilisieren? Die Basis der regierenden Partei kann finanziell und juristisch massiv gestärkt werden, so dass sie sich gegen zukünftige reaktionäre Regierungen verteidigen und im besten Fall selbst befreien wird. Partei und Studierendenverband können hier mit neuen Strategien ansetzen.

Contra

Die Linke und die Machtfrage

Regierungsbildung heißt Mehrheitsbildung. Damit ist spannenweise nicht gemeint, die Mehrheit der Bevölkerung an Entscheidungen zu beteiligen, sondern im Parlament und dessen Ausschüssen mit anderen Berufspolitiker*innen an einem Tisch zu sitzen und zu diskutieren. Nicht nur wird so die Vorstellung aufrechterhalten, Politik geschehe fernab der Bevölkerung, sondern diese repräsentative Politik ist sogar in der Krise. Sparzwänge, Zeitenwende und Wirtschaftskrise setzen eine Grenze des Machbaren.

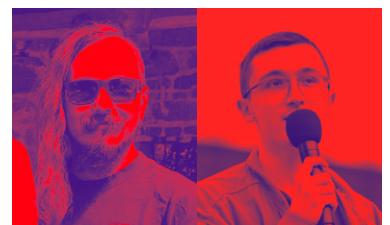
Unmittelbare soziale Fragen des Alltags bleiben unbeantwortet. Dagegen bezeichnet Gegenmacht Strukturen, mit denen Menschen in der Lage sind, ihre Probleme als gesellschaftliche Fragen anzusprechen und eigenhändig Veränderungen zu erreichen. Von Sozialsprechstunden und Sprachcafés im Stadtteilladen bis »Deutsche Wohnen & co enteignen« macht man so Politik von unten mittels Selbstermächtigung.

Gegenmacht und Antifaschismus

Selbstverständlich kann sich Die Linke auch nicht der parlamentarischen Politik entziehen. Ob sie ihren Fokus im Aufbau von Gegenmacht oder in Parlamentsarbeit sieht, ist aber entscheidend für einen wirksamen Antifaschismus. Die Stärke der AfD und eine Faschisierung haben soziale Ursachen in der »Polykrise« unserer Zeit, wie Raul Zelik in analyse&kritik 716 und Lukas Meisner in Das Argument 345 schreiben. Die Faschisierung aufzuhalten bedarf Veränderungen, die nicht durch parlamentarische Politik allein erreicht werden können. Organisierte Gegenmacht kann in Betrieben, Wohnorten und Bildungseinrichtungen Missstände ansprechen, die schon für alle offensichtlich sind, und Empörung in politisch linkes Handeln umwandeln. ★

DISKUSSIONSFRAGEN

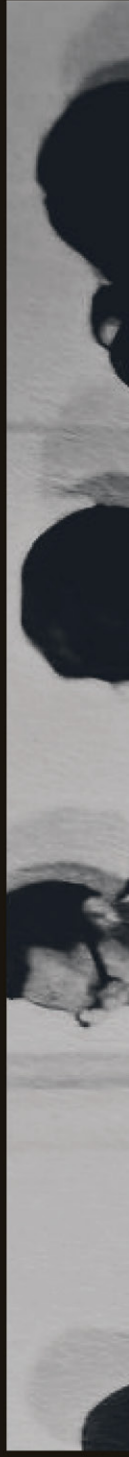
- Anhand welcher Anliegen können an Hochschulen und Universitäten Strukturen der Gegenmacht aufgebaut werden? Welche Rolle kann Die Linke dabei spielen?
- Einerseits wurde der Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co enteignen« unter Linken-Beteiligung nicht umgesetzt, andererseits ist Die Linke beziehungsweise deren Basis die wichtigste politische Kraft, um den Volksentscheid umzusetzen. Ist Regierungsbeteiligung hier hilfreich, da die Landesregierung als Exekutive den Volksentscheid umsetzen muss, oder schädlich für die Glaubwürdigkeit der Linken?



PAUL studiert Geschichte und American Studies in Leipzig, ist dort aktiv im SDS und Mitglied des aktuellen SDS-Bundesvorstands. Regierungs-beteiligungen erteilt er eine klare Absage, solange Die Linke sich auf Parlamentarismus fokussiert.
TILL (23) studiert Politik und Wirtschaft in Mainz und möchte nicht am Spielfeldrand stehen, sondern um den Regierungsball mitkicken.

**YOU CAN'T BUILD A
REVOLUTION**

**WITHOUT
EDUCATION**



ION.



**“Fred”
Frederick
Allen
Hampton**



ALL POWER TO THE STUDENTS!

**SOZIALISTISCH-
DEMOKRATISCHER
STUDIERENDENVERBAND**

NUR FASCHOS TRETEN, WER AM BODEN LIEGT – EINE ANTIFASCHISTISCHE ANALYSE DER GESUNDHEITSREFORM

Die Gesundheitsreform ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Arbeiterklasse, sondern ein Bilderbuchbeispiel für die fortschreitende Faschisierung des deutschen Staates: Woran wir diese erkennen können und wieso der Kampf für einen Sozialstaat immer antifaschistisch ist.

Der Faschismus wurde nicht durch Hitler, Mussolini oder Trump von oben auferlegt. Er war schon Jahre zuvor salonfähig geworden und schwappte aus geheimen Treffen rechter Extremisten schließlich in die Regierungsgebäude. Doch Faschismus ist nicht nur eine politische Regierungsform, sondern ein Menschenbild, das sich lange vor einer rechtsextremen Machtübernahme in politischen Entscheidungen manifestiert. Wir müssen unseren Blick dafür schärfen, diese faschistischen Tendenzen in Regierungsentscheidungen frühzeitig zu erkennen. Die bestehenden Analysen dazu beschränken sich meist auf Militarisierung, Unterdrückung von Minderheiten, und expansive Außenpolitik. Doch nach frühen Zeichen der Faschisierung sollten wir auch im Gesundheitssystem Ausschau halten – denn wo könnte man die Merkmale einer Ideologie finden, die Jugend, Gesundheit, und Leistung idealisiert, wenn nicht im Gesundheitssystem, das den Alten, Kranken, und Einkommensschwachen zugutekommt?

Die gesetzliche Krankenkasse, einer der Grundpfeiler des deutschen Sozialstaates, ist seit Jahren unterfinanziert. Um dem entgegenzusteuern, soll die neue Gesundheitsreform 16,3 Milliarden Euro einsparen: Versicherte müssen mehr zahlen, Zuschüsse

werden gestrichen, und Fachkräfte im Gesundheitswesen werden schlechter vergütet. Instanzen der gesundheitlichen Prävention werden finanziell ausgetrocknet, obwohl sie das effektivste Mittel sind, um Kosten im Gesundheitssystem langfristig zu senken. Der häufigste Grund für Krankschreibungen im Jahr 2026 sind psychische Probleme. Ginge es bei dem Reformpaket tatsächlich darum, das Gesundheitssystem zu entlasten, müsste man in den Ausbau der Psychotherapie investieren. Stattdessen werden die Vergütungen für psychotherapeutische Leistungen gekürzt. Dieser Widerspruch zeugt von einem mangelnden politischen Willen, vorhandene Ressourcen für das Gesundheitssystem bereitzustellen. Währenddessen kennen die Ausgaben für Militarisierung kein Halten – eine faschistische Priorisierung und Verteilung des Staatshaushaltes.

Ein weiteres Element der Faschisierung ist die Einschränkung von Grundrechten, oft unter dem Vorwand, ein innenpolitisches Feindbild oder eine akute Krise zu bekämpfen. Indem die Gesundheitsreform die Behandlung und Unterstützung kranker oder einkommensschwacher Menschen erschwert, und die Existenz von Praxen und Krankenhäusern riskiert, stellt sie eine direkte Einschränkung der

Rechte auf Sicherheit, Wohlergehen und medizinische Versorgung dar. Die Regierung versucht diese zu legitimieren, indem sie behauptet, einige Bürger*innen würden das Kassensystem ausnutzen, um »krankzufeiern« oder sich »überflüssigen medizinischen Behandlungen« zu unterziehen. Sie konstruiert ein Feindbild der »faulen Mitmenschen«, die sich ungerechtere Weise auf der Arbeit anderer ausruhen würden. So soll der gesellschaftliche Konsens entstehen, die Einschränkung der eigenen medizinischen Versorgung sei zwecks Bekämpfung dieser »Ungeerechtigkeit« akzeptabel.

Um Faschismus in einem System zu erkennen, ist es außerdem ein wichtiger Anhaltspunkt, nach Gruppen zu suchen, an denen sich Faschismus mobilisiert: den »nutzlosen Bevölkerungsmitgliedern«. Vom deutschen Sozialstaat profitieren vornehmlich Kranke, Alte, Arbeitslose, und Einkommensschwache. Ein Angriff auf ein System, das diesen Personen hilft, ist ein Angriff auf die Personen selbst und stellt eine systematische Benachteiligung dar, die sich nahtlos in das faschistische Menschenbild einfügt, gesunde und produktive Bevölkerungsmitglieder seien mehr wert als andere.

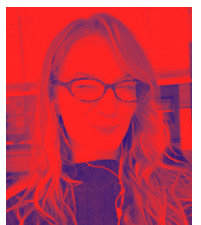
Die Tatsache, dass das Recht auf medizinische und gesundheitliche Versor-

gung nicht im Grundgesetz verankert ist, bietet erst die Möglichkeit, solche Reformen zu verabschieden. In einem Sozialstaat sollte sich niemand Sorgen um seine Gesundheitsversorgung machen müssen, und wir sollten diese auch rechtlich vor einer Regierung geschützt wissen, die sich nicht einmal mehr die Mühe gibt, ihre faschistischen Züge zu verstecken. ★

DISKUSSIONSFRAGEN

- ▶ Wie muss unsere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften aussehen, um den Sozialstaat zu stabilisieren?
- ▶ Welche Indizien für Faschisierung eines Staates sollten wir außerdem beachten?
- ▶ Wie faschistisch ist die aktuelle Bundesregierung?

JOHANNA (21) studiert Psychologie in Düsseldorf und würde Friedrich Merz gern eine Psychotherapie empfehlen, falls er die nicht vorher abschafft.



SO WILL DIE BUNDESREGIERUNG BEI STUDIERENDEN KÜRZEN

Von wegfallenden Steuervorteilen über Preiserhöhungen zu Leistungskürzungen – die Bundesregierung erschwert uns mit ihren Plänen die Studienfinanzierung. Wir geben einen Überblick über die wichtigsten Änderungen, die uns betreffen.

Vielleicht wollte Forschungsministerin Dorothee Bär (CSU) schonmal die Nachfolge von Friedrich Merz üben. Anders lässt es sich kaum erklären, wie sie Ende Mai die Einigung bei der BAföG-Reform wieder infrage stellte und die Opferbereitschaft der Studierenden beschwor: »Es wird kein Vollkaskostudium geben, jeder muss seinen Teil dazu beitragen.« Worauf Studierende verzichten sollen, damit sich die Bundesregierung Waffen kaufen kann, ist jetzt absehbar:

Die Bundesregierung will die *Minijobs reformieren oder gar abschaffen*. Die Rentenkommission empfiehlt, dass nur noch Schüler*innen von der Sozialversicherungspflicht ausgenommen sein sollten und alle anderen normal einzahlen sollen. Dadurch sinkt wahr-

scheinlich das Nettogehalt, wenn der Bruttolohn nicht erhöht wird. Obwohl die Bundesregierung schon viele Vorschläge der Kommission übernommen hat, soll erst im Herbst eine Entscheidung fallen. Ab nächstem Jahr soll die Obergrenze von 603€ auf 633€ erhöht werden.

Daneben wird das *Deutschlandticket* teurer. Im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung beschlossen, dass der Preis anhand eines Index ermittelt werden soll. Während die Zuschüsse des Staates gleich bleiben, sollen höhere Kosten durch die Bahnfahrenden finanziert werden, die nun die gestiegenen Dieselpreise bezahlen sollen. So beträgt die Erhöhung 3,80€, womit die meisten Semesterbeiträge wohl um 13€ steigen dürften.

Gleichzeitig soll es deutlich weniger *Wohngeld* geben: Ein Drittel der Haushalte soll ihren Anspruch verlieren, da die Regierung nun Einkommen stärker anrechnen will. Diejenigen, die darüber liegen, können mit weniger Geld für die Kaltmiete rechnen und auch die Heizkostenzuschüsse sollen halbiert werden.

Kann die neue *BAföG-Reform* da abhelfen? Auch wenn es mit dem Wegfall des Leistungsnachweises und der künftig automatischen Anhebung der Freibeträge erfreuliche Nachrichten gibt, bleiben die Beitragssätze immer noch so niedrig, dass man ohne weiteres Einkommen nicht studieren kann. Wegen des gescheiterten Aufstands der Union kommt die Erhöhung ohnehin erst zum Sommersemester. Immerhin hat Dorothee Bär die gleiche

Durchsetzungsfähigkeit wie Friedrich Merz. ★

DISKUSSIONSFRAGEN

- ▶ Warum macht die Bundesregierung das?
- ▶ Wie wirken sich die Entwicklungen auf Studierende aus?

Der Bundesarbeitskreis Sozialproteste hat sich im Sommersemester 2026 gegründet und beschäftigt sich damit, wie der SDS den Sozialkürzungen der Bundesregierung etwas entgegensetzen kann.

WAS BRAUCHT ES FÜR ERFOLGREICHE SOZIALPROTESTE?

Wir als Studierende sind zentral von den Kürzungen am Sozialstaat betroffen: Unter anderem die verschobene BAföG-Reform und die Kürzungen im Wohngeld betreffen unsere materielle Lage direkt. Studierenden aus den Bereichen.

hat somit das Potential eine Bewegung aufzubauen, die sich über die Unis hinaus verbreitet und die erhofften Massenproteste vorantreiben kann.

Es zeigt sich aber, dass materielle Verbesserungen meist nur dann erkämpft oder verteidigt wurden, wenn bestehende Massenbewegungen mit betrieblichen Kämpfen verknüpft wurden, protestiert und gestreikt wurde. Gewerkschaften sind der Ort, an dem Arbeitskämpfe stattfinden und betrieblich Beschäftigte sich organisieren. Sie stellen ein legitimes Sprachrohr der Arbeiter*innen dar.

Momentan sind die Gewerkschaften noch zu sehr mit der SPD verbandelt und nicht bereit für einen Gegenangriff. Es braucht somit Druck von unten, Druck von Studierenden, um die Gewerkschaften aus dieser widersprüchlichen Situation zur konkreten Aktion gegen den Sozialabbau zu bewegen. Klar ist, um erfolgreiche Proteste zu organisieren, die der Agenda 2030 wirklich etwas entgegenstellen können, brauchen wir die Gewerkschaften an unserer Seite.

Ausgehend davon muss die Frage folgen: Was tun? Für uns ist klar, dass die AfD über kein klares Angebot verfügt, wie Sie gegen Sozialkürzungen vorgehen will. Dennoch gelingt es ihr die unterschiedlichen Formen der Unzufriedenheit in der Gesellschaft zu kanalisieren. Um die Leerstelle der AfD bezüglich der geplanten Reformen für uns nutzen zu können, müssen wir unsere Kämpfe gegen den Faschismus und gegen den Sozialabbau zusammenführen. Das bietet auch die Möglichkeit, dass sich die Linkspartei auf Druck der Bewegung zu einer starken Anti-Establishment-Kraft aufbauen und in der arbeitenden Klasse etablieren kann. Es braucht dafür eine Verankerung des Antifaschismus in den Sozialprotesten, als Aufbau einer solidarischen Alternative, mit Potential zum Massenprotest. ★

Warum müssen wir Sozialproteste an die Uni bringen?

Studierende lassen sich potenziell in großer Anzahl für die kommenden Proteste gewinnen, da sie selbst und ihre

Zukunft unmittelbar durch materielle Verschlechterungen bedroht werden, insbesondere in den direkt betroffenen Studienfächern. Sie können Druck auf die Gewerkschaften aufbauen und zukünftige betriebliche Kampagnen unterstützen. Die Studierendenschaft

PHILIPP (27) studiert Soziologie in Göttingen und überlegt, ob er seine Haare verkaufen soll, um sein Studium zu finanzieren.



DIE LINKE UND DAS VERSAGEN DER SOLIDARITÄT: EIN NOTWENDIGER DENKZETTEL

Die Linke feiert Rekordergebnisse, doch ein „realpolitischer“ Flügel opfert die Solidarität für Regierungsbeteiligung. Genoss*innen werden fallen gelassen, Militärbudgets mitgetragen. Ein scharfer Denkzettel für eine Partei, die ihr Rückgrat zurechtbiegen muss.

»Wollen linke Wählerinnen eine weitere SPD oder wollen sie Veränderungen?«, fragte Künstler Dahabflex im jungeWelt-Interview vom 03.09. Der Satz ist ein Weckruf, der die tiefen Widersprüche in der Linkspartei freilegt. Denn während Die Linke im Aufwind ist, mit 25,7 Prozent in Berlin und bundesweit bis zu zwölf Prozent, scheitert sie an einem zentralen Punkt: der Solidarität. International und unter den eigenen Genoss*innen. Der Erfolg ruft die Rechten auf den Plan: Von »Enteignungsfantasien«, »sozialistischem Himmelfahrtskommando« und »linken Islamo-Faschisten« ist die Rede. Die bürgerliche Presse versucht die Linke vor ihren Karren zu spannen, und die Parteirechten werfen die »Unliebsamen« davor.

Der konstruierte Skandal um die Wahlkampfveranstaltung in Neukölln, bei der Dahabflex Zeilen wie »Yalla, Yalla Intifada« rappte, ist nur ein Symptom. Es geht nicht um »die Partei« als Ganzes, sondern um einen »realpolitischen« Flügel, der sich an die vorherrschende Politik anbietet. Um regieren zu können, vertreten diese Kräfte vermeintlich unkontroverse Themen wie Mieten und kehren systemische Fragen unter den Teppich. Das besetze Palästina und der Genozid in Gaza sind jedoch kein symmetrischer Krieg, sondern Teil des Versuchs des Westens, seine imperiale Vormacht-

stellung aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen. Wer das ausblendet, verliert jedwede Glaubwürdigkeit.

Die Debatte um Palästina zeigt, wie die Partei mit jenen umgeht, die sich klar gegen Besatzung, Siedlungskolonialismus und Genozid positionieren. Genoss*innen werden für ihren antikolonialen Kurs öffentlich diffamiert und von noch zu grossen Teilen der Partei fallen gelassen, statt sie gegen mediale Hetze zu verteidigen. Jüngst während und nach der Wahl in Berlin im September 2026. Dabei nutzt die Partei ein Instrument, das sie eigentlich bekämpfen sollte: Zeugnisungerechtigkeit. Stimmen, in dem Fall vor allem palästinensische, werden systematisch aufgrund von bestehenden Vorurteilen als unglaublich dargestellt, infrage gestellt und verhöhnt. Folgen einer kolonialen Wissensordnung, die antikolonialen Widerstand kriminalisiert.

Dass der Parteitag 2026 in Potsdam endlich von Genozid sprach, ist kein Gewinn, sondern das bare minimum. Noch schwerer wiegt, dass die Bundesebene Druck auf Verbände ausübte, um Anträge der BAG Palästinasolidarität zu verhindern. Der »Kompromiss« bestand darin, offiziell von Genozid zu sprechen, gleichzeitig aber am »Existenzrecht« Israels festzuhalten. Bei Siedlungskolonialismus und Genoziden gibt es jedoch keine Kompromisse.

Die Linke hat es versäumt, ihre Genoss*innen zu schützen. Statt Solidarität zu praktizieren, hat sich die Partei von der bürgerlichen Presse treiben lassen und instrumentalisierte den Antisemitismusbegriff. Zugleich tragen die Bremer und Mecklenburg-Vorpommerischen Landesverbände im Bundesrat Militärbudgets unter dem Vorwand der Regierungsbeteiligung unter Druck der Regierungspartner mit. Das schadet dem Klassenkampf massiv, denn es stärkt den repressiven Staatsapparat, der sich gegen die arbeitende Klasse und marginalisierte Gruppen richtet, und zeigt die Bereitschaft der Partei, jenen in den Rücken zu fallen, wenn es um Regierungsteilhabe geht.

Jedoch ist es nicht die Aufgabe der Linken Wähler*innen als Kund*innen zu umwerben oder eine weitere sozialdemokratische Metropolenpartei zu sein. Regierungsbeteiligung wird das System nicht stürzen. Die Linke muss ihre Plattform nutzen, um aufzuklären und Menschen zu organisieren. Denn es geht um die Systemüberwindung. Der Kampf gegen Militarisierung, Besatzung und Kolonialismus ist essentieller Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus. Die Parteiführung braucht endlich ein unbeugsames Rückgrat und muss aufhören, epistemische Gewalt gegen die eigenen Reihen auszuüben. Zukünftige Generationen

werden es nicht verzeihen, wenn sie hier versagt. Sie werden es nicht verzeihen, wenn wir hier versagen. ★

DISKUSSIONSFRAGEN

- ▶ Wie demokratisch ist der Druck von der Bundesebene auf Landesverbände, um unliebsame Anträge zu verhindern?
- ▶ Kann Die Linke eine glaubwürdige Alternative zur SPD sein, wenn sie systemische Fragen wie den Kapitalismus oder den Kolonialismus aus Angst vor Wähler*innenverlusten ausklammert?
- ▶ Welche Strukturen müssen geschaffen werden, um epistemische Gewalt innerhalb der eigenen Reihen dauerhaft zu unterbinden?

GRAF CARL (25) studiert angewandte Nachhaltigkeit in Bochum und würde wieder sein Gesicht lieber nicht Palantir zur Verfügung stellen (haben die eh schon aber egal yoloswag long live the resistance).



WESTDEUTSCHER ANTIFASCHISMUS, DISKREDITIERUNG DES AKTIVISMUS EINER GANZEN REGION

»Der Osten ist Rechts und hat beim Thema Antifa daher nichts zu melden«
Doch ist das wirklich so? Oder sollte »Der Westen« dann doch lieber »Den Osten« als mahnendes Beispiel betrachten und damit die Ereignisse im »Osten« als hilfreiche Warnung betrachten?

»Zieht die Mauer bitte wieder hoch« schrieb claudi.h12 unter einer Prognose der Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt. Solche oder so ähnliche Zitate werden immer wieder, vor allem durch westdeutsche Genoss*innen, durch den Raum geworfen, als wären sie das normalste der Welt. Und aus der Perspektive des Westens muss das auch so wirken, denn die (west-)deutsche Medienlandschaft hat sich seit der Wiedervereinigung beste Mühe gegeben, den Osten als »dumm, rechts und faul« zu framen.

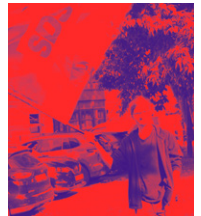
Und mittlerweile ist es überdeutlich, dass der Osten ein Problem mit Rechtsextremismus hat. Viele dieser

Rechtsextremisten kommen allerdings gar nicht von hier. Bernd Lucke, Alexander Gauland, Jörg Meuthen, Alice Weidel, Beatrix von Storch, Andreas Kalbitz, Björn Höcke, Götz Kubitschek, all diese Vordenker der AfD und einflussreichen Personen sind erst nach 1989 in den Osten gekommen. Seit dem Strom westdeutscher Neonazis gen Osten kann also von einem importierten Problem gesprochen werden. Der Rechtsextremismus ist allerdings schon längst kein rein ostdeutsches Problem mehr. In vielen westdeutschen Bundesländern erreicht die AfD auch heute schon Umfragewerte von rund 20% und mehr.

Trotz der alarmierenden Zahlen bilden sich viele Westdeutsche noch immer ein, das Problem im Osten verorten zu können und sich nicht damit auseinandersetzen zu müssen, oder noch schlimmer, sich über ihre ostdeutschen Genoss*innen stellen zu können. Es wird ihnen häufig vorgeschrieben, wie sie ihren Kampf zu führen haben. Dabei werden völlig utopische Anweisungen gegeben. Die Lage vor Ort sieht zumeist aber so aus, dass in vielen Städten mit fünf Personen gegen die politische Entwicklung ganzer Regionen angekämpft wird. Es gibt schlicht nicht die Kapazitäten, um sich an für die lokale Politik unwichtigen Themen zu zerstreiten.

Anstatt den Osten belehren zu wollen, sollte der Westen schleunigst in der eigenen Region aktiv werden. Die Faschisierung der Gesellschaft ist kein isoliert ostdeutsches Problem, der Osten ist dem Westen in diesem Punkt nur einige Jahre voraus. ★

PAUL (23) studiert Chemie in Freiberg. Kommt ursprünglich aus Stollberg im Erzgebirge, ist seit 1,5 Jahren politisch aktiv und hat die Ortsgruppe Freiberg angesprochen.



ELLA DE MELO

Linke Macker und warum sich Misogynie nicht mit Nagellack weglackieren lässt

Es ist Dienstagabend, und zwei Stunden Plenum sind bereits vergangen, als die gleiche Hand zum dritten Mal in Folge innerhalb weniger Minuten in die Luft schießt. Unter den Genossinnen tauschen sich belustigt genervte Blicke, denn ein solches Ereignis ist für sie nichts Neues. Außerhalb des Plenums sind sie auch bekannt, ob in Adidas-Hose und Doc Martens oder Anzughose und Loafer. Linke Macker gibt es wie Sand am Meer, oder besser, wie Club Mate im Hörsaal. Manche tarnen sich durch Nagellack und bunte Haare, aber spätestens wenn das Klären inhaltlicher Fragen zur Plattform der eigenen Meinung wird, entfalten sich die Wörter wie Beine in einer Art diskursivem Manspreading.

Hitzige Debatten sind selbstverständlich, wenn ambitionierte Menschen zusammenkommen, um über komplexe gesellschaftliche und theoretische Inhalte zu sprechen. Dennoch fällt auf, dass gewisse Stimmen immer mehr Raum einnehmen als andere, und häufig sind diese eben tiefe und grummelige Männerstimmen. Was zunächst wie ein harmloses Problem erscheint, ein wenig nervig vielleicht, ist jedoch ein Anzeichen eines weitgehenden gesellschaftlichen Problems, das selbst in linken, aufgeklärten Räumen noch tief verankert ist.

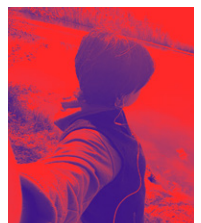
Mackern ist nicht nur nervig, sondern vor allem ein Ausdruck unausgeglichener Machtverhältnisse, denn Misogynie geht über frauenfeindliche Äußerungen oder Taten hinaus und

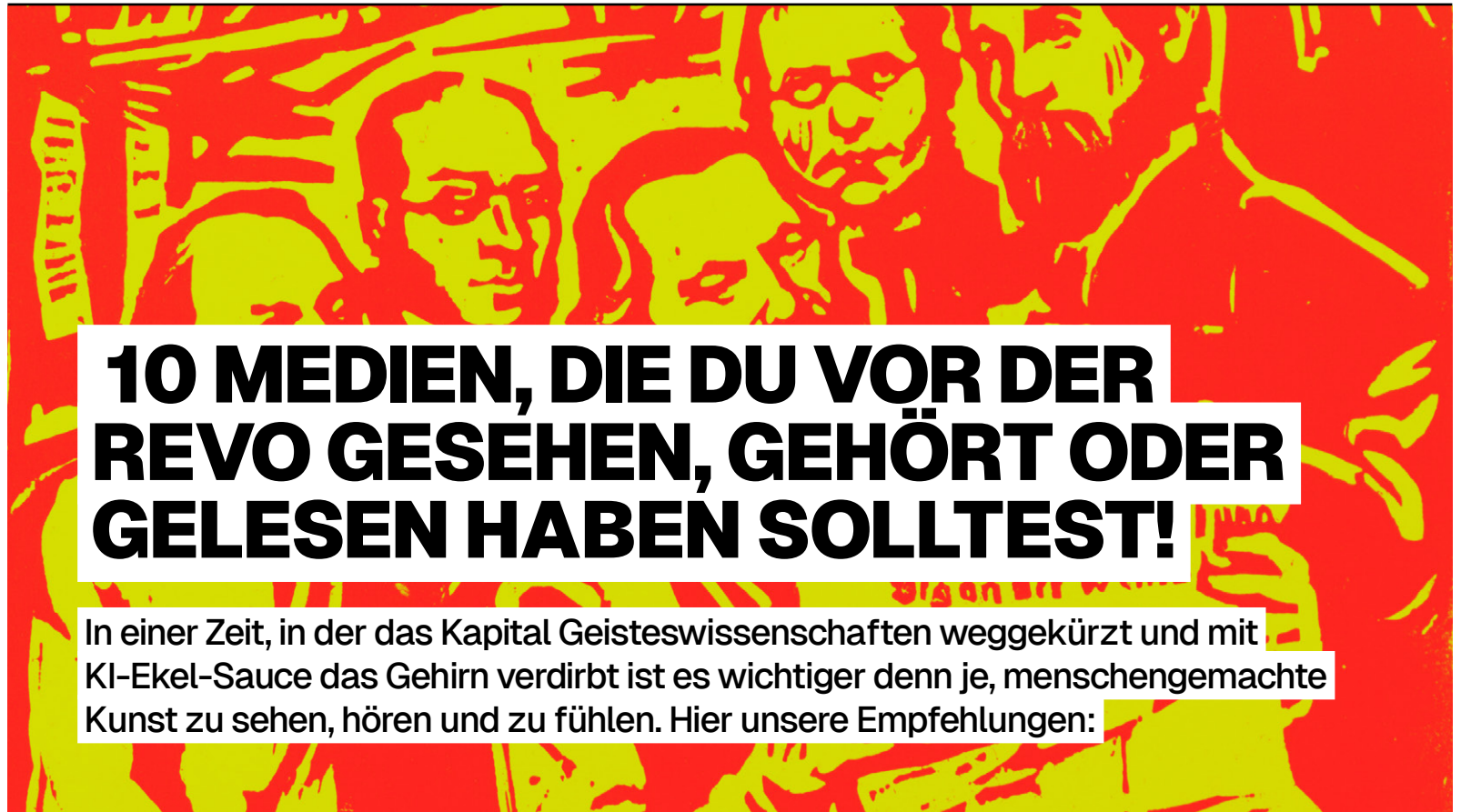
prägt auch das Bewusstsein für Räume und den eigenen Anteil an diesen. Die eigene Meinung als essenziell für die Debatte einzuschätzen, zum Beispiel, ist ein Privileg, das insbesondere männlich sozialisierten Personen vorbehalten ist. Hierbei dienen durchaus wirksame Maßnahmen wie doppelquotierte Redner*innenlisten und eine sensibilisierte Moderation nur der Bekämpfung dieser Symptome des Patriarchats.

Doch nichts ist vollkommen verloren, denn die Diskussionskultur ist durch ein gewisses Maß an Selbstreflexion zu retten! Zur Unterstützung des Prozesses folgen drei Zielfragen, von denen man sich zumindest eine stellen sollte, bevor es mit der Rederei losgeht: Entspricht mein Beitrag den

Moderationsanforderungen (Verständnisfragenrunde oder Diskussionsrunde)? Wurde das, was ich gesagt habe, schon vorher erwähnt, insbesondere von einer Genossin? (Dann bitte kurz anerkennen oder zustimmen und im Fall der Fälle ergänzen.) Und ist meine Meinung essenziell, um die im Raum stehende Frage/Debatte voranzubringen? Nach der Abklärung dieser Basics gibt es dann grünes Licht und es darf gesprochen werden. ★

ELLA (22) studiert Englisch und Genderstudies an der HU Berlin, leidet zutiefst unter Impostersyndrom und ist fasziniert davon mit welcher Überzeugung manchmal die eigene Meinung im Plenum rausgeschpeert wird.





10 MEDIEN, DIE DU VOR DER REVO GESEHEN, GEHÖRT ODER GELESEN HABEN SOLLTEST!

In einer Zeit, in der das Kapital Geisteswissenschaften weggekürzt und mit KI-Ekel-Sauce das Gehirn verdirbt ist es wichtiger denn je, menschengemachte Kunst zu sehen, hören und zu fühlen. Hier unsere Empfehlungen:



Spielfilm

Diarios de motocicleta (2004) – Walter Salles

Diarios de motocicleta (2004) zeigt Che Guevaras Reise durch Südamerika 1952. Aus Abenteuer wird durch Armut und Elend politische Erweckung: Revolutionäres Bewusstsein entsteht aus Konfrontation mit Ausbeutung. Armut ist kein Naturzustand, sondern Produkt jahrhundertelanger Unterdrückung. Befreiung beginnt mit dem Hinsehen und damit, Verhältnisse nicht länger hinzunehmen.



Song

Travequeiro (2021) – Irmãs de Pau

Irmãs de Pau (deutsch: Schwanzschwwestern) verkörpern Widerstand in der brasilianischen Popkultur, durch Aneignung von Elementen des patriarchalen Brazilian Funk verbunden mit der Lebensrealität als Transfrauen aus der Peripherie São Paulos. »Travequeiro« thematisiert wie Schwarze Transpersonen in einer patriarchal-weißen Hegemonie um Anerkennung und Repräsentation kämpfen.



Buch

All About Love: New Visions (2000) – bell hooks

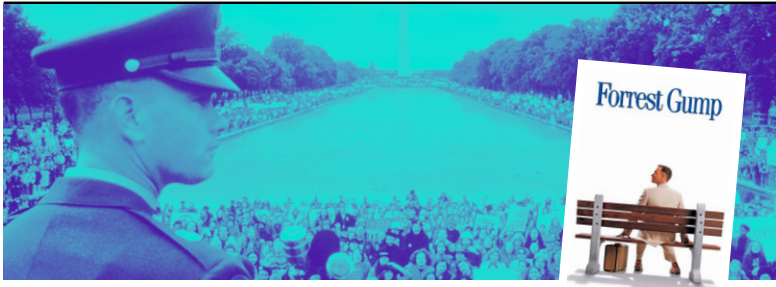
„Alles über Liebe“ definiert Liebe als aktives Handeln. Es zeigt, wie der Kapitalismus Lieblosigkeit, Entfremdung und Konkurrenz erzeugt. Denn Liebe ist politisch: gegen Rassismus, Patriarchat & Klassenherrschaft. Marxist*innen sollten es lesen da es die materialistische Analyse um Emotionen erweitert; nicht als Ersatz für Klassenkampf, aber als nötige Ergänzung für ganzheitliche Befreiung.



Podcast

Citations Needed (ab 2017) – Adam Johnson & Nima Shirazi

Die bürgerliche Klasse muss Ausbeutung und Krieg rechtfertigen. Welche Lügen, Stereotypen und Hassreden ihre Medien nutzen, zeigt der Podcast dieser beiden Journalisten. Zwar ist der Inhalt primär auf die USA ausgerichtet, aber die Hegemonie amerikanischer Kultur genauso wie Deutschlands NATO Mitgliedschaft sorgen für seine anhaltende Relevanz.



Film

Forrest Gump – Robert Zemeckis (1994)

Dieser Film zeigt hervorragend, wie Hollywood die Arbeiter*innenklasse für dumm verkauft. Es lohnt sich diesen »Klassiker« kritisch anzusehen, um den Kulturkampf der westlichen Filmindustrie in fast jedem anderen Film zu erkennen. Die Message: Ein Happy End gibt es für den, der keine Fragen stellt, alles tut, was man ihm sagt und hart arbeitet. Ein hatewatch für alle Sozialist*innen.



Buch

Métro: La Maison (2008) – Yves Grevet

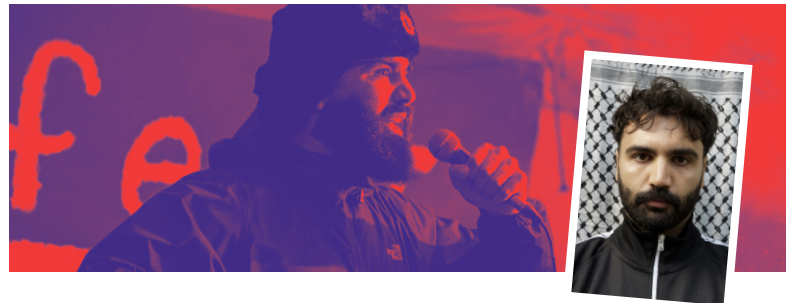
64 Jungen in einem totalitären Lager, von Cäsaren kontrolliert. Ohne Erinnerung, brutal diszipliniert zu gehorsamen Subjekten. Als Métro das System infrage stellt, entzündet sich ein Aufstand. Für Marxist*innen eine Metapher für die entfremdende kapitalistische Logik: Konkurrenz, Gewalt, internalisierte Unterdrückung. Befreiung beginnt, wo jemand unbequeme Fragen stellt.



Buch

If We Burn (2023) – Vincent Bevins

Arabischer Frühling, Occupy Wall Street, Black Lives Matter. Nie haben mehr Menschen auf der Welt gegen Ungerechtigkeit protestiert. Dennoch wurde nichts besser. Vincent Bevins Buch analysiert ohne falsche Rücksicht wie Strukturlosigkeit und die Angst vor Macht die Proteste des letzten Jahrzehnts sabotierten. Ein Buch für jeden, egal ob Anarchist*in, Reformist*in oder Leninist*in. Enthält Beschreibungen von Hass, Folter und Brutalität.



Song

Stop the Genocide – Dahabflex, Erzin & Ikarus (2025)

Der Unterscheid zwischen Antisemitismus und Antizionismus wird an kaum einem Beispiel so deutlich wie dem Medienspektakel Rund um diesen Song. Es veranlasste unsere Mutterpartei dazu, sich nach einem Liveauftritt von Dahabflex und Erzin von den »Gewaltaufrufen« zu distanzieren. Schade; es wäre ein guter Anlass gewesen, sich mit dem Hintergrund der skandalisierten Aussagen einmal auseinander zu setzen.



Film

Judas and the Black Messiah (2021) – Shaka King

Fred Hampton kämpft als Black-Panther-Anführer in Chicago für Gerechtigkeit und wird von FBI-Informanten bespitzelt und verraten. Der Film zeigt, wie der Staat Bewegungen zerschlägt, die Klassen- und Rassenkampf verbinden. Hamptons Regenbogen-Koalition vereinte Schwarze, Weiße, Latinos: Arbeiter*innen gegen Ausbeutung. Solidarität, die das System fürchtet, da sie die künstliche Spaltung überwand.



Tv-Serie

The Boys – Eric Kripke u.a. (2019-2024)

Wenn dir Superhelden Plattitüden, vergötterte Machos und Queerwashing zum Hals heraushängen, dann ist diese Serie für dich. Gemein, bitterböse und wunderschön ekelig, verlangt aber ein*e Zuschauer*in, die menschliche Abgründe, sexuelle Gewalt und Schocker-Brutalität aushalten kann. Ihre größten Schwächen: Bürgerliche Moral und Individualismus. Bis Season 2 und nicht weiter.

DISKUSSIONSFRAGEN

- Gibt es Bezüge zur Alltagspraxis, in denen euch die Medien helfen?
- Was unterscheidet sozialistische Medien von bürgerlichen? Anregungen, Wünsche, Kritik?

- Wie kann eine ganzheitliche Befreiung aussehen, die materialistische Analyse und emotionale/emanzipatorische Dimensionen zusammenbringt?
- Wie beeinflusst die Popkultur unser Verständnis von Klasse, Ausbeutung und Widerstand? Ist sie eher Herrschaftsinstrument oder Ort der Befreiung?

Vielleicht ein Medium, dass so schön und/oder scheußlich ist, dass alle Linken in Deutschland es lieben/hassen müssen? Schreibt uns, idealerweise unter 400 Zeichen.

Diese Empfehlungen wurden von Luis, Suzanna, Ruben und Carl verfasst.



MASSENVERBAND MIT ANALYSE?

Wie läuft der Aktivismus bei sozialistischen Studierendenverbänden in anderen Ländern? Im Interview erzählt der Vizepräsident von Comac – dem Studierendenverband der Belgischen Arbeiter*innenpartei – wie sie ihre Rolle auf dem Campus wahrnehmen und welche Ziele sie im Semester verfolgen.

Zum Einstieg: Was seid ihr für ein Studierendenverband? Was ist eure Rolle auf dem Campus und was wollt ihr von dort aus erreichen?

Gil: Also; wir sind der Studierendenverband der Belgischen Arbeiterpartei. Wir sind eine »Massenorganisation«, was bedeutet, dass jeder beitreten kann und man nicht unbedingt Mitglied der PTB-PVDA sein muss, um bei Comac mitzumachen. Der Beitritt ist außerdem kostenlos. An den Hochschulen versuchen wir, drei Dinge zu tun: Sensibilisierung, Mobilisierung und Organisation. Mit Sensibilisierung meinen wir, dass wir daran arbeiten, das Bewusstsein der Studierenden für alle möglichen Themen zu schärfen, von den Kürzungen im Bildungshaushalt bis hin zum Völkermord in Gaza. Wir setzen uns auch aktiv dafür ein, unsere marxistische Analyse dieser Themen zu verbreiten. Mobilisierung bedeutet dann, um diese Themen herum aktiv zu werden. Wir organisieren – oft gemeinsam mit anderen Organisationen – Aktionen, Demonstrationen, Petitionen und vieles mehr, um Druck auf unsere Universitäten und Regierungen auszuüben, damit sie in diesen Fragen aktiv werden. Organisieren bedeutet schließlich auch, dass wir im Rahmen dieser Kämpfe unsere eigene Organisation aufbauen. Für viele Studierende ist die Comac ihre erste Erfahrung im Kampf für bestimmte Anliegen. Innerhalb von Comac können Studierende

zu Aktivist*innen werden, lernen, wie man Proteste zu den Themen organisiert, die einen bewegen, und sich mit der marxistischen Brille zur Analyse unseres Systems vertraut machen.

Habt ihr eine Priorität, wenn es um den Aufbau von eurem Verband geht? Als Verband massenfähig sein, oder ein Verband mit einer tiefgreifenden marxistischen Analyse sein (in Zeiten, wo beides gleichzeitig fast unmöglich ist)?

Gil: Wir halten es nicht für unmöglich, eine Massenorganisation und eine marxistische Organisation miteinander zu verbinden. Einerseits ist die Mitgliedschaft bei Comac, wie ich bereits erläutert habe, unkompliziert und leicht. Sicherlich würden sich nicht alle Studierenden, die Comac beitreten, selbst als Marxist*innen bezeichnen. Die Menschen treten Comac bei, weil sie sich für ein bestimmtes Thema engagieren wollen. Letztes Jahr haben wir uns intensiv an den Kämpfen gegen die Kürzungen im Bildungshaushalt zur Finanzierung der belgischen Militärausgaben beteiligt. Im Rahmen dieser Bewegung sind viele Menschen Mitglied bei uns geworden. Andererseits organisieren wir unsere Mitglieder in hochschulspezifischen Gruppen. Innerhalb dieser Gruppen, die sich jede Woche treffen, nehmen wir uns stets Zeit für gemeinsames Lernen. Dies tun wir aus einer explizit

marxistischen Perspektive. Das ganze Jahr über organisieren wir außerdem ein Wochenende des gemeinsamen Lernens »Karl-Marx-Schule«, und es gibt auch Kurse auf unserem jährlichen Camp. Diese Kurse können sich mit bestimmten Themen wie »Eine marxistische Perspektive auf LGBT-Rechte« oder »Eine marxistische Analyse des Zugangs zur Hochschulbildung« befassen, können aber auch auf marxistische Klassiker zurückgreifen, wie zum Beispiel einen Kurs über dialektischen Materialismus, politische Ökonomie oder den Staat. Es wird immer eine gewisse Spannung bestehen zwischen dem Engagement als gute Aktivist*innen und der Beteiligung an alltäglichen Massenbewegungen auf dem Campus einerseits und der Tatsache, dass wir uns als Organisation die Zeit zum Studieren nehmen, andererseits. Wir sind jedoch fest davon überzeugt, dass es durchaus möglich ist, beides zu tun.

Was habt ihr für das kommende Semester geplant? Wie wollt ihr auf dem Campus auftreten, wie wollt ihr neue Mitglieder gewinnen, was sind eure Methoden?

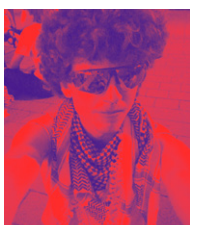
Gil: Auch im kommenden Jahr werden wir uns in den Massenbewegungen gegen die Kürzungen im Bildungshaushalt engagieren. Wir werden versuchen, uns innerhalb dieser Bewegung zu profilieren, um den Widerspruch zwischen

den Kürzungen einerseits und dem absurden Militärhaushalt andererseits deutlich zu machen. Wir werden uns den Demonstrationen anschließen, die von einem breiten Bündnis aus Organisationen und Studierendenvertretern organisiert werden, und gleichzeitig schauen, wie wir eine symbolische, sehr sichtbare Aktion durchführen können, um unsere eigene antimilitaristische Analyse zu verbreiten.



GIL (25) studiert Geschichte. Als Vizepräsident von Comac kennt er sich mit Kommunistischer Theorie mindestens genau so gut aus wie Lenin selbst!

RUBEN (22) studiert Politics, Philosophy and Economics in Düsseldorf. In 5 Semestern Studium ist ihm noch keine positive Eigenschaft der kapitalistischen Wirtschaftspolitik in Deutschland aufgefallen.



WAS IST SOZIALISTISCHE PRAXIS AM CAMPUS

Wie machen wir den Campus zu einem lebendigen, sozialen Ort, an dem Studis sich organisieren können? Mit der Mensa Comunista wollen wir eine Antwort auf die Vereinzelung im Studi-Alltag bieten.



Wir Studis laufen mit geteilten Sorgen über den Campus. Wir sind gestresst von Prüfungen, den wöchentlichen Deadlines und dem unterbezahlten Nebenjob, den wir brauchen, um in Zeiten von Teuerung und Kürzungen überhaupt unsere Grundbedürfnisse decken zu können.

Obwohl wir diese Realität teilen, finden wir kaum Zeit, um uns miteinander zu solidarisieren. Uns wird beigebracht, dass wir in Konkurrenz zueinander stehen. Wir vereinzeln und wenn politische Räume existieren, sind diese oft sehr hochschwellig. Nach dem Lernen von Klausuren und der Arbeit fehlt oft

die Zeit und Energie, um sich in ein Plenum zu setzen.

Als Sozialist:innen müssen wir unsere Methoden überdenken, um die vorherrschende Individualisierung zu überwinden. Um wieder Massen an Studis organisieren zu können, müssen wir Angebote schaffen, die in ihre Lebensrealität passen. Gegen die chronische Vereinzelung müssen wir selbst Gemeinschaft aufbauen. Es braucht von uns geschaffene Alltagsräume, um mehr Leute zu erreichen als diejenigen, die ohnehin schon einen Aktivist:innen-Hintergrund haben. Gerade in Zeiten, wo viele nicht mehr wissen, wie sie Studium, Arbeit, Freunde und Freizeit unter einen Hut bekommen, braucht es Angebote mit einem Gebrauchswert: Räume, die den Alltag bereichern oder auch entlasten – in denen man seine Freizeit verbringen möchte. Linke Projekte, die dies erfüllen sollen, brauchen niedrigschwellige Möglichkeiten, wie neue Leute mitmachen, Wirksamkeit erfahren und sich das Projekt zu eigen machen können. Für uns ist die Mensa Comunista (MC) ein Versuch, Studis aus ihrer Vereinzelung zu holen und in Zeiten von Teuerung zu entlasten. Die Idee haben wir uns von der Jungen Linken Wien abgeschaut und auf die Bedingungen an der Humboldt Universität zu Berlin übertragen. Nach einer erfolgreichen Aktion im Juli wollen wir im Wintersemester eine wöchentlich selbstorga-

nisierte MC starten. Bei der MC gibt es geiles Essen für 2-3 Euro, einen Ort zum solidarischen Zusammenkommen und Austausch. Wir als SDS stoßen das Angebot an und wollen Nutzer*innen dazu befähigen, die MC langfristig selbst zu organisieren. So werden Studis stark mit eingebunden und erfahren Selbstwirksamkeit gegen die Teuerung, Vereinzelung und Verdrängung von gemeinschaftlichen Räumen an der Uni. Die MC nutzen wir als SDS, um Gespräche mit Studis zu führen und eine sozialistische Analyse für ihre Problemlage bereitzustellen. Durch das regelmäßige und niedrigschwellige Angebot erhoffen wir uns, viele Studis für das Projekt zu gewinnen und ihm einen festen Platz am Campus-Leben zu verschaffen. ★

DISKUSSIONSFRAGEN

- Wie kann (Hochschul-)parlamentarismus für die linke Bewegung genutzt werden? Was sind Grenzen und was sind Vorteile?
- Ist Hochschulpolitik anders zu betrachten als Bundespolitik? Warum? Was bedeutet das für unsere Praxis?

JONAS (24) studiert Sozialwissenschaften an der HU Berlin. **LARA** (24) studiert Soziale Arbeit an der HHB. Beide sind im SDS Berlin aktiv.

MIT HOCHSCHULPOLITIK ZUM SOZIALISMUS?!

Ein kleines aber realistisches Plädoyer für Hochschulpolitik als Arm der linken Studi-Bewegung.

Welche Ortsgruppe kennt sie nicht – die Strategiefrage um die Hochschulpolitik. Lange Nächte, Kompromisse, Grundsatzdebatten, alles für einen zahnlosen Beschluss im Studierendenparlament. Kann sich das überhaupt lohnen? Ich sage ja.

Die Hochschulpolitik ist ein zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite ermöglicht sie uns direkte politische Einflussnahme, gibt uns Entscheidungsmacht und eine Plattform. Auf der anderen Seite ist sie auslaugend, bürokratisch geprägt und reformistisch. Aber trotz aller Probleme ist sie ein Werkzeug, das uns schon zu

Füßen liegt. Die Möglichkeiten, die sich dadurch ergeben, einfach abzutun, ist ein strategischer Fehler.

Die Frage ist: Was ist unser Anspruch? Eine Mehrheit im AstA leitet nicht die Revolution ein, aber welche Kampagne tut das? Eine Regierung geführt von der Linkspartei bringt uns nicht den Sozialismus, aber die meisten von uns wählen sie trotzdem. Warum? Die linke Bewegung braucht einen parlamentarischen Arm. Genauso profitiert die linke Bewegung an der Uni von einem parlamentarischen Arm auf hochschulpolitischer Ebene. Er unterstützt den Rest der Bewegung mit den

gegebenen Möglichkeiten: Räume, finanzielle Unterstützung, Einbringen von Kampagnen, kritische Stimmen in Gremien. Im Entscheidungsfall macht es einen Unterschied, ob liberale, konservative oder SDS-Menschen entscheiden. Außerdem gibt uns die Hochschulpolitik Raum für Repräsentation. Sie kann reale Beispiele für linke Politik hervorbringen und mehr Menschen für linke Ideen begeistern.

Wichtig ist dabei einzuordnen, dass durch reformistische Mittel nur begrenzt viel erreicht werden kann. Somit sollte sich die Hochschulpolitik immer selber offen kritisieren. Hochschul-

politik kann nicht blind als Lösung und Priorität der Gruppe präsentiert werden, aber genauso kann sie nicht einfach als unwichtig abgetan werden. Sie ist ein Werkzeug, das wir zu nutzen wissen sollten. Am Ende geht es nicht durch HoPo zum Sozialismus, aber mit HoPo. ★

FRANKA (24) studiert an der Uni Mainz und wechselt frisch von Mathe zu Politikwissenschaft. Sie ist im SDS aktiv und Ökologie Referentin im AstA. Im StuPa ist sie eigentlich nur für den Tee.





HOROSKOP

Wirf einen Blick auf das, was die Sterne über deine Verbandsarbeit im kommenden Semester prophezeien. Astrologie kann dir vielleicht einen Impuls geben, was du in den nächsten Monaten tun kannst, um den Sozialismus voranzubringen.

Fische (12. März – 17. April):

Alexandra Kollontai (*31.03.1872)

Du musst dich noch von einem Rückschlag in der Vergangenheit erholen, doch du wirst in diesem Semester eine frische politische Vision und neue Möglichkeitsfenster entdecken. Suche dafür Rat in Marx' Frühwerken.

Widder (18. April – 13. Mai):

Karl Marx (*05.05.1818)

Gehe vorsichtig in das kommende Semester. Du hast Feinde außerhalb des Verbandes. Konzentriere dich auf den Aufbau einer starken und solidarischen Ortsgruppe. Erledige deine Projekte nicht alleine, sondern zusammen mit Genoss*innen.

Stier (14. Mai – 21. Juni):

Che Guevara (*14.06.1928)

Es warten große Veränderungen in den nächsten Monaten auf dich. Vieles in deinem Leben wird nicht mehr so sein, wie es mal war. Lass das Neue auf dich zukommen. Es wird sich zum Guten wenden. Halte an deiner Analyse fest. Sie wird dir ein Anker in Zeiten der Orientierungslosigkeit sein.

Zwillinge (22. Juni – 20. Juli):

Clara Zetkin (*05.07.1857)

Du hattest einen Streit, der noch immer seinen Schatten auf deine politische Arbeit wirft. In den nächsten Monaten

kannst du viel über Vergebung und Versöhnung erfahren. Wenn du dazu bereit bist, können aus alten Gegnern neue Verbündete im Kampf um Befreiung werden.

Krebs (21. Juli – 10. August):

Elias Motsoaledi (*26. Juli 1924)

Auf dich warten viele Chancen, dich im Verband zu beweisen. Mit guter politischer Arbeit kannst du nicht nur deiner Ortsgruppe, sondern dem gesamten SDS einen großen Dienst erweisen. Lass dich jedoch von dem Erfolg nicht blenden und denke immer daran, dass wir nur gemeinsam etwas bewegen können.

Löwe (11. August – 16. September):

Amílcar Cabral (*12.09.1924)

Du fühlst dich voller Energie und möchtest damit den Verband aufbauen. Doch teile sie dir gut ein. Das Semester ist ein Marathon und kein Sprint. Lass dich nicht dazu verführen, dich schon zu Beginn zu verausgaben. Mach so viel du kannst, aber verliere dein Privatleben und dein Studium nicht aus den Augen.

Jungfrau (16. Sept. – 30. Oktober):

Annie Besant (*01.10.1847)

Die internationale Arbeiter*innen-bewegung wird einen großen Einfluss auf dich haben. Nutze die Chance, um viel von

den sozialistischen Errungenschaften der Genoss*innen in Rojava, auf Kuba und überall auf der Welt zu lernen. Der Verband kann davon profitieren.

Waage (31. Okt. – 23. November):

Eugene V. Debs (*05.11.1855)

Es werden Leute aus der Grünen Jugend oder von den Jusos in dein Leben treten. Auch wenn sie als Freund*innen kommen, vergiss dabei nicht, dass ihre Parteien keine Verbündeten im Kampf für den Sozialismus sind und sein werden.

Skorpion (24. – 29. November):

Friedrich Engels (*28.11.1820)

Deine Ortsgruppe war immer das Zentrum deiner politischen Arbeit. Doch in den kommenden Monaten wirst du dich an einigen Projekte auf der Bundesebene beteiligen, die von deiner Weisheit profitieren werden. Vergiss nicht, das Gelernte an die Genoss*innen aus deiner Stadt weiterzugeben.

Schlangenträger (30. Nov. – 17. Dez.):

Abimael Guzmán (*03.12.1934)

Deine ideologische Linie wird auf eine harte Probe gestellt. Du magst dich im Recht fühlen, doch der Weg zur Revolution verlangt mehr als Dogma. Höre auf die Stimmen der Basis, statt dich in Isolation zu begeben. Die Geschichte wird urteilen, aber die Gegenwart fordert Verantwortung. Prüfe deine

Mittel, ohne dein Ziel aus den Augen zu verlieren.

Schütze (18. Dezember – 20. Januar):

Eleanor Marx (*16.01.1855)

Es werden Zweifel auf dich zukommen, die deine Analyse auf eine harte Probe stellen. Du wirst an ihnen jedoch nicht zerbrechen, sondern gestärkt daraus hervorgehen. So kannst du bald auch anderen Genoss*innen als Leuchtfener der Überzeugung helfen und sie motivieren.

Steinbock (21. Januar – 16. Februar):

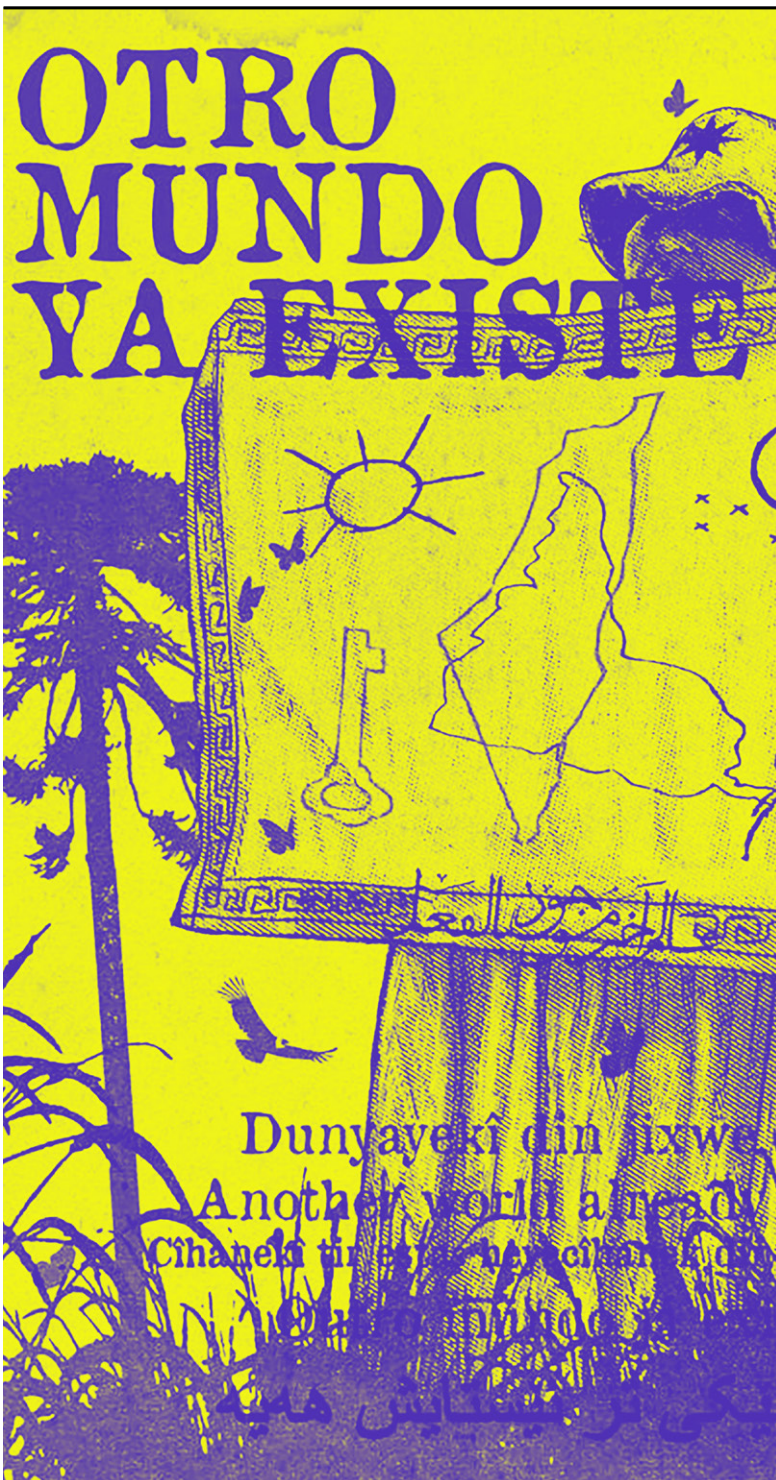
Bertolt Brecht (*10.02.1898)

Du wirst vor einer schwierigen Entscheidung stehen, die nicht nur Auswirkung auf dich, sondern auf den gesamten Verband haben wird. Dein Urteil könnte über das Gelingen oder Scheitern unserer Sache entscheiden. Wähle weise und denke immer daran „Was hätte Lenin getan?“.

Wassermann (17. Februar – 11. März):

Rosa Luxemburg (*05.03.1871)

Dich erwartet ein großer Erfolg. Egal ob es eine gewonnene Wahl, oder eine gelungene Veranstaltung ist: Auf dem Weg zum Sozialismus ist das jedoch nur ein kleiner Schritt. Ruhe dich auf keinen Fall darauf aus, sondern nutze ihn für den langfristigen Verbandsaufbau!



AKTIV WERDEN

Du bist entschlossen, dem Rechtsruck, der Militarisierung und dem kapitalistischen Status quo etwas entgegenzusetzen? Dann werde aktiv im SDS! So machst du mit:

- ▶ Informiere dich: Schau auf unserer Homepage vorbei oder folge uns auf Social Media um dir einen Überblick zu verschaffen.
- ▶ Finde deine Gruppe: Prüfe, ob es in deiner Stadt bereits eine SDS-Gruppe gibt. Falls ja, komm einfach zum nächsten Plenum vorbei.
- ▶ Gründe eine Gruppe: Gibt es noch keinen SDS in deiner Stadt? Dann gründe deine eigene Ortsgruppe! Schreib uns eine E-Mail an gruka@linke-sds.org, um zu erfahren, wie das geht und wer dich dabei unterstützt.

Wir freuen uns auf dich!

SDS
**SOZIALISTISCH-
DEMOKRATISCHER
STUDIERENDENVERBAND**

WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN

Als Die Linke.SDS kämpfen wir für einen sozialistischen Wandel der Gesellschaft: an unseren Hochschulen, in Bewegungen und in der Linkspartei. Als größter sozialistischer Studierendenverband Deutschlands sind wir an über 60 Hochschulen organisiert und laden dich herzlich ein, gemeinsam mit uns diese Hochschulen sowie die Welt zu verändern.

Unser Name knüpft an den historischen SDS, den Sozialistisch-Deutschen Studentenbund, an. Dieser war eine treibende Kraft in der 68er-Bewegung und löste revolutionäre Proteste aus. Heute setzen wir diese Tradition fort, indem wir Hochschulen zu Orten emanzipatorischer Wissenschaft machen und Kommiliton*innen sozialistisch organisieren.

Ob Krieg, Klimakrise oder weltweite soziale Ungleichheit: Die Welt wirkt zunächst chaotisch, folgt jedoch den Regeln der kapitalistischen Verwertung. Hinter den großen Krisen unserer Zeit steht ein System, das Ausbeutung zur Notwendigkeit macht und Mensch wie Natur bis an ihre Grenzen belastet. Krisen sind keine Unfälle, sondern Folgen einer Ordnung, die auf endlosem Wachstum und Profitmaximierung basiert. Rüstungshaushalt und massive Hochschulkürzungen verschärfen die soziale Lage der Studierenden, während Konzerne ihre Profite sichern.

Dem stellen wir uns gemeinsam entgegen und kämpfen für eine Zukunft im Interesse des Proletariats. Die Veränderung muss im Hier und Jetzt beginnen. Wir brauchen einen gesellschaftlichen Wandel, um ein ökologisches und soziales Desaster zu verhindern. Darum organisieren wir Aktionen und Proteste, unterstützen Streiks und Arbeitskämpfe, bilden uns und vernetzen uns. Wir kämpfen für eine Welt fern von Ausbeutung und Kapitalismus.

INSTAGRAM

@dielinke.sds
@critica.zeitung

WEBSITE

www.linke-sds.org
www.critica-zeitung.de

SO ERREICHST DU UNS

info@linke-sds.org
030 / 24009134

REVOLUTIONARY PERSONALITY QUIZ

Welches Linke-Orga-Klischee bist du?

1

LIEBLINGS KOFFEINHALTIGES SPASSGETRÄNK?

- a Mate/ Tee (5 Punkte)
- b Spezi/ Cola (10 Punkte)
- c Kaffee (15 Punkte)

2

LIEBLINGS-REVOLUTIONÄR*IN?

- a Ernesto »Che« Guevara (5 Punkte)
- b Angela Davis (10 Punkte)
- c Wladimir Iljitsch Uljanow »Lenin« (15 Punkte)

3

WANN KOMMT DIE REVOLUTION?

- a in 100 Tagen, wenn alles nach Plan läuft (5 Punkte)
- b 5 Jahre brauchen wir noch (10 Punkte)
- c in 20 Jahren, wenn die gesellschaftlichen Voraussetzungen erfüllt sind (15 Punkte)

4

WAS MACHST DU MIT DEINEN GENOSSIS NACH DEM PLENUM?

- a Plakatieren und dann Flunky/Bierball spielen (5 Punkte)
- b habe direkt ein Anschlusstreffen (10 Punkte)
- c Führe die (zu kurze!) Debatte weiter (15 Punkte)

5

WAS IST DAS FORTBEWEGUNGS-MITTEL DEINER WAHL FÜR DEN ALLTAG?

- a mit der Bahn (5 Punkte)
- b mit dem Fahrrad (10 Punkte)
- c zu Fuß (15 Punkte)

6

LIEBLINGS ARBEITER*INNEN-LIED:

- a Das Einheitsfrontlied (5 Punkte)
- b Der Pfahl (10 Punkte)
- c Die Internationale (15 Punkte)

7

WIE KOMMST DU ZUM PLENUM?

- a Vintage Jogger und Polit-Merch, ich brauch's bequem (5 Punkte)
- b Ganz casual, ich falle nicht gern auf (10 Punkte)
- c Anzughose, ich putze mich gerne raus (15 Punkte)

8

WELCHE DEMO VERPASST DU AUF GAR KEINEN FALL?

- a Widersetzen Blockade (5 Punkte)
- b 1. Mai (10 Punkte)
- c LLL Demo (15 Punkte)

40-60 PUNKTE: AKTIONIST*IN

► Abends findet man dich noch im Club und morgens bist du beim Bannerdrop dabei. Das Plenum muss manchmal ohne dich auskommen, aber bei der Vollversammlung hältst du auf jeden Fall die Brandrede! Am Späti unterhältst du deine Genossis mit den aufregendsten Geschichten.

61-85 PUNKTE: DER* DIE ORGANISIERTE

► Keine ungelesenen Chats auf Telegram und einen farbkodierten Kalender mit dem perfekten Durchblick, dank dir verlaufen gute Ideen nicht im Sande. Im Plenum schreibst du am liebsten Protokoll, du würdest ja sowieso mitschreiben. Deine Genossis wissen: ohne dich wären sie aufgeschmissen.

86-120 PUNKTE: DER* DIE BELESENE

► Du bist für die Analyse zuständig und hast in jeder Diskussion einen starken Take (gerne auch über die Redezeitbegrenzung hinaus). Deine Screentime wird beneidet, die Tiktok Referenzen gehen jedoch meist an dir vorbei. Am liebsten bestreitest du Strategietage, du wirst aber auch regelmäßig verdonnert das Marx101 vorzubereiten